

EIN EUROPA DER ZUKUNFT A EUROPE OF THE FUTURE



EIN EUROPA DER ZUKUNFT
A EUROPE OF THE FUTURE

Europäische Jugendpolitik

Ein Europa der Zukunft	5
Partizipation junger Menschen an europäischer Politik	8
Europäische Förderung für die Jugend	10
Jugend will Bildung	12
Migration kinder- und jugendfreundlich gestalten	14
Perspektiven für junge Menschen auf der Flucht	17
Auf dem Weg zu einer europäischen Sozialpolitik	20
Chancen junger Menschen in einem europäischen Markt und Arbeitsmarkt	22
Die Lebensgrundlage heutiger und zukünftiger Generationen	24
Jugendarbeit in einer internationalisierten Lebenswelt	27
Jugend und Digitalisierung	29
Teilhabe junger Menschen mit Behinderung	31
Mädchen und Frauen in Europa	33

European Youth Policy

A Europe of the Future	35
Involving Young People in European Politics	39
European Funding for the Youth	41
Young People Want Education	43
Making migration child and youth-friendly	45
New perspectives for young refugees	48
Towards a European social policy	51
Opportunities for young people in a European market and labour market	53
The means of existence of present and future generations	55
Youth work in an internationalised world	58
Youth and digitalisation	60
Participation of young people with disabilities	62
Women and girls in Europe	64



Ein Europa der Zukunft

Der Bayerische Jugendring hält an seinem Gestaltungswillen in und für Europa fest und will sich stärker für Kinder und Jugendliche in der europäischen Politik einsetzen¹, weil junge Menschen immer selbstverständlicher eine europäische Perspektive einnehmen.

Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenwürde und Wahrung der Menschenrechte sind Grundprinzipien der Europäischen Union (EU). Darüber hinaus steht der europäische Gedanke für Toleranz, Vielfalt der Regionen, Solidarität und Gerechtigkeit. Diese Grundprinzipien müssen das Handeln der EU und ihrer Mitgliedsstaaten nach innen wie nach außen prägen. Die europäische Einigung hat uns eine nie dagewesene Periode des Friedens und Wohlstands geschenkt. Daher stehen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten in einer besonderen Verantwortung, sich für den Frieden in Europa und der Welt einzusetzen. Dies muss auch im Zentrum einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik stehen.

Junge Menschen verdienen es, eine gute Perspektive für ihr Leben zu haben². Dazu gehört die Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa, die nicht auf Kosten anderer (junger) Menschen auf der Welt gehen darf. Als einer der größten wirtschaftlichen Akteure der Welt kann und muss die Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten, die Welthandelsregeln gerechter zu gestalten und die Ausbeutung von Menschen sowie von natürlichen Ressourcen zurückzudrängen. Die Zukunft der EU muss über wirtschafts- und währungspolitische Fragen hinaus und bei den Anliegen der Menschen ansetzend gedacht werden. Am europäischen Einigungsprozess ist im Dialog mit den Bürger:innen weiterzuarbeiten.

Fragen nach der Vision Europas und dem institutionellen Gefüge sind insofern jugendpolitisch relevant, als dass sie ganz wesentlich mitbeeinflussen, welche politischen Bezugspunkte es für Jugendliche im alltäglichen Lebensumfeld gibt. Viele Jugendliche machen über internationale Jugendarbeit und Schüleraustausch schon jetzt persönliche Erfahrungen dazu, was es heißt, Teil eines vereinigten Europas zu sein. Dabei darf die europäische Einigung kein Elitenprojekt sein, sondern muss versuchen, gerade junge Menschen frühzeitig in das europäische Projekt einzubinden.

Wir sind überzeugt: die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in allen Politikbereichen sind nur durch eine Politik der nachhaltigen Entwicklung und einer Fortsetzung des Integrationsprozesses für ein friedliches und demokratisches Europa zu sichern.

1 Beschluss des 144. Hauptausschuss des Bayerischen Jugendrings (2014): „Europäische Jugendpolitik und die Rolle des BJR“

2 „The International Law of Youth Rights“, Second Revised Edition, 2015

Position

Mit Besorgnis nehmen wir die europaweit zunehmenden nationalistischen und menschenfeindlichen Tendenzen sowie die vielerorts stattfindenden Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit und einen Abbau von Bürger:innen-Rechten wahr. Dem muss ein klares Eintreten für unsere europäischen Werte, besonders auch der die europäischen Institutionen, entgegengesetzt werden. Es braucht klare, europaweite Standards in Sachen Rechtsstaatlichkeit sowie Bürger:innen- und Menschenrechte, die gegenüber den Nationalstaaten durchgesetzt werden.³ Gleichzeitig braucht es aber auch eine Stärkung der europäischen Perspektive bei allen Menschen in Europa.

Die Europäische Union leidet an strukturellen bzw. institutionellen Konstruktionsfehlern, welche die Akzeptanz bei den Menschen erschweren. Es ist eine Voraussetzung demokratischer Legitimation, gewählte Repräsentant:innen durch Abwahl oder Abberufung zur Verantwortung ziehen zu können. Die Hoheit darüber muss dabei klar beim Europäischen Parlament liegen. Auch dass die Europäische Kommission nicht nur exekutive Funktionen wahrnimmt, sondern ebenfalls das alleinige Initiativrecht für Richtlinien und Verordnungen besitzt, ist aus unserem Demokratieverständnis problematisch.

Es liegt in der Verantwortung der Bürger:innen Europas sowie der Zivilgesellschaft, die Europäische Union aktiv mitzugestalten. Damit Entscheidungen nicht als vom alltäglichen Leben entkoppelte Vorgaben empfunden werden und den Bürger:innen die Partizipation an ihrem Europa ermöglicht wird, ist es nötig, die Instrumente direktdemokratischer Teilhabe zu stärken, die Entscheidungsverfahren transparent zu gestalten und eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen. Die formalen und finanziellen Hürden für die Europäische Bürgerinitiative sind abzubauen und dieses Instrument zu einem echten direktdemokratischen Initiativverfahren zu erweitern.

Um die demokratische Legitimation zu stärken, die Zurechenbarkeit von Entscheidungen auf EU-Ebene zu einzelnen Entscheidungsträger:innen für Bürger:innen nachvollziehbarer zu gestalten und die Transparenz zu verbessern, ist das Europäische Parlament zu einem echten legislativen Organ mit Initiativrecht auszubauen und

das ordentliche Gesetzgebungsverfahren sogenannten „package deals“⁴ im Hintergrund vorzuziehen sowie ein verbindliches Lobbyregister für alle drei Organe einzuführen. Für notwendig halten wir eine weitere Abgabe von nationalen Souveränitätsrechten an die europäische Ebene in den Bereichen Asyl, Migration, Sozialpolitik, Bildung, Arbeitsmarkt und Umweltpolitik sowie eine Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments in bereits vergemeinschafteten Bereichen.

Die Wahl zum Europäischen Parlament nach dem Grundsatz der degressiven Proportionalität ist derzeit die Summe von 28 nationalen Einzelwahlen nach jeweils nationalem Wahlrecht. Für eine glaubwürdigere demokratische Legitimation treten wir für eine Vereinheitlichung des Wahlsystems ein und befürworten eine Wahl des Europäischen Parlaments durch europaweite Parteienlisten. Die niedrige Beteiligung an Europawahlen ist ein alarmierendes Zeichen dafür, dass stärker für die europäische Idee geworben werden muss. Dass dies gelingen kann, zeigen die Zahlen der letzten Europawahl vom Mai 2019⁵. Gerade in einer alternden Gesellschaft sehen wir es als unerlässlich an, jungen Menschen mehr Rechte zu geben, Europas Zukunft aktiv mitzugestalten und fordern daher, das aktive Wahlrecht auf 14 Jahre zu senken.⁶

Europa ist als sozialer und kultureller Raum der hier lebenden Menschen zu begreifen, in dem lokale und regionale Identitäten, Sprachen und kulturelle Gegebenheiten ihren Platz haben. Darüber hinaus ist eine europäische Identität in einer aktiven politischen Bildungsarbeit im schulischen wie außerschulischen Bereich zu fördern. Ein gesamteuropäischer, politisch-öffentlicher Diskurs wird derzeit dadurch erschwert, dass europäische Medien fehlen und die Betrachtungsweise europapolitischer Vorgänge zu oft von nationalstaatlichen Sichtweisen geprägt ist. In europäischer Perspektive zu denken erfordert, auch aus europäischer Sicht informiert zu werden und macht einen europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk sinnvoll.

3 Charta der Grundrechte der EU 2000

4 „package deal“: politikfeldübergreifende Einigungen als Form des Interessenausgleichs bei Verhandlungen.

5 Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2019 (Quelle Europäisches Parlament): 50,66 % in Europa, 61,38 % in Deutschland

6 Beschluss des 126. Hauptausschuss des Bayerischen Jugendrings (2005): „Absenkung des Wahlalters“

Forderungen

Eine weitere Dimension bezieht sich auf die Rolle Europas in der Welt. Auch hier muss die EU ihre Grundwerte zum Maßstab des eigenen Handelns machen. Ihre Handels- und Fischerei- sowie Außen- und Sicherheitspolitik muss darauf gerichtet sein Frieden und Wohlstand zu fördern sowie Armut, Ausbeutung und Unterdrückung entgegenzuwirken. Insbesondere Freihandelsabkommen müssen gerecht und auf Augenhöhe ausgestaltet sein, so dass sie Armut und Ausbeutung verhindern statt zu verschärfen. Auch durch die Gestaltung von Regeln für den Import und Export von Waren, zum Beispiel Rüstungsgütern, kann in diesem Sinne gehandelt werden.

Globale Probleme wie der Klimawandel, das rasante Wachstum der Weltbevölkerung, die stark schwankenden Ernährungs- und Energiepreise, die unzureichende Regulierung des Finanzsektors oder die Friedenssicherung müssen in einem supranationalen Kontext verhandelt werden, denn nur durch gemeinsames aktives Handeln können sie gelöst werden. Hier sollte die EU ihre wichtige Vorreiterrolle als normativ wirkender Akteur wahrnehmen.

- Die Beteiligung junger Bürger:innen in Europa muss grundsätzlich besser gefördert werden, u. a. durch die Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre, die Stärkung direktdemokratischer Instrumente und den Abbau von Hürden für junge Menschen zur Initiierung der Europäischen Bürgerinitiative.
- Für ein demokratisches Europa ist es nötig, die Kompetenzen des Europäischen Parlaments insbesondere um ein Initiativrecht sowie um die Ausübung der Rechtshoheit bei der Wahl und Abberufung der Europäischen Kommission auszuweiten.
- Für die europäische Identitätsbildung ist es notwendig, die internationale Jugendarbeit und politische Bildung verstärkt zu fördern, die (mediale) Kommunikationsstruktur zu verbessern und Transparenz, u. a. durch ein verbindliches Lobbyregister für alle europäischen Institutionen, zu gewährleisten.
- Die EU muss auch im konkreten Handeln nach innen und außen stärker für ihre Werte eintreten – insbesondere bei der Gestaltung fairer Handelsabkommen sowie durch das (Durch-)Setzen klarer europäischer Standards in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit, Bürger- und Menschenrechte.
- Wir fordern eine europäische Verfassung, die demokratischen und rechtstaatlichen Ansprüchen genügt und der Vielfalt Europas Rechnung trägt.

Partizipation junger Menschen an europäischer Politik

Position

Seit dem ersten Januar 2019 ist die neue EU-Jugendstrategie in Kraft, die den Rahmen steckt für die jugendpolitischen Maßnahmen der EU bis 2027.⁷ Unter den drei Schwerpunkten „Engage“, „Connect“ und „Empower“⁸ sollen Teilhabe und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen am demokratischen Leben und der Gesellschaft in Europa gestärkt werden. Mobilitätserfahrungen und solidarisches Handeln sollen jungen Menschen in Europa ermöglicht und qualitätsvolle, innovative und inklusive Jugendarbeit auf allen Ebenen sichergestellt werden. Auf die Dualität guter Jugendpolitik als Ressort- und Querschnittspolitik wird explizit hingewiesen, wobei letzteres durch eine/einen EU-Jugendkoordinator:in operationalisiert werden soll. Eines der vielen Instrumente der EU-Jugendstrategie ist die Offene Methode der Koordinierung (früher Strukturierter Dialog), der nun „Jugend-Dialog“ genannt wird. Die im Rahmen des Strukturierten Dialogs der letzten EU-Jugendstrategie⁹ erarbeiteten „Youth Goals“ stehen im Anhang der EU-Jugendstrategie als Orientierung zur Verfügung.

Der nächste Schritt ist nun die Umsetzung und Verankerung der Jugendstrategie auf lokaler Ebene. Hier sollen Jugend und Politik in Kontakt und die lokale mit der europäischen Ebene in tatsächlichen Austausch gebracht werden. In Bayern trifft diese durchaus wichtige Idee der Europäischen Jugendstrategie auf schon vorhandene und stark ausgebildete Vertretungs- und Beteiligungsstrukturen der Jugendarbeit. Beide Seiten müssen hier in Einklang miteinander gebracht werden. Auf die Einbeziehung von Jugendorganisationen und -vertretungen in den Ländern und auf den verschiedenen politischen Ebenen verweist die EU-Jugendstrategie explizit.

Der Bayerische Jugendring unterstützt die Aufwertung des Themas Jugend auf europäischer Ebene und damit auf nationalstaatlicher Ebene der Mitgliedsländer. Wir befürworten eine solide Verankerung der Jugendstrategie auf lokaler Ebene mit echten Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie Jugendarbeit und ihre Strukturen.¹⁰ Die europäische Politik verspricht der Jugend keine einseitige Kommunikation, sondern einen wirklichen Austausch und echte Partizipation. Mit echter Partizipation kann dabei nicht nur politische Bildung allein gemeint sein. Sie kann auch nicht durch schmückende Veranstaltungen hergestellt werden, sondern geht weit über diese ersten Schritte hinaus. Echte Partizipation bedeutet: respektvoller Umgang auf Augenhöhe, das Ernstnehmen des Gegenübers und vor allem die Möglichkeit tatsächlicher Veränderung von Politik durch die Beteiligten.

Für diese Partizipationsprozesse ist es nötig, kinder- und jugendgerechte Kommunikations- und Beteiligungsformen zu nutzen. Jugendarbeit und seine tradierte Vertretungsstruktur der Interessen junger Menschen kann dabei als Experte und Partner wahrgenommen werden. Kinder und Jugendliche müssen Akteure in Europa werden dürfen und ihre eigene Zukunft mitgestalten können. Die Belange junger Menschen müssen konsequent in allen gesellschaftlichen Bereichen im Mittelpunkt stehen und als Querschnittsthema in den verschiedenen Politikfeldern eingearbeitet werden. Jugendliche und junge Menschen dürfen nicht zum Zweck wirtschaftlicher Interessen oder im Besonderen unter dem Fokus der Beschäftigungsfähigkeit betrachtet werden. Vielmehr sind Beschäftigungsfähigkeit und ökonomische Sicherheit in der Übergangsphase für junge Menschen Voraussetzung für eine eigenständige Lebensgestaltung und gesellschaftliche Partizipation. Der Wert von Jugendarbeit an sich, sowie das Prinzip der Selbstorganisation junger Menschen muss grundlegend für das Verständnis guter Jugendpolitik sein.

7 https://ec.europa.eu/youth/policy/youth-strategy_de

8 Deutsche Übersetzung: Beteiligung, Begegnung und Befähigung

9 Jugendstrategie 2010-2018: www.ec.europa.eu/youth/policy/youth-strategy/strategy-2010-2018_de

10 Beschluss des 141. Hauptausschuss des Bayerischen Jugendrings (2012) „Mehr Partizipation und politische Bildung in Bayern“.

Forderungen

- Wir fordern für die jungen Menschen in Europa eine kinder- und jugendgerechte Form der Beteiligung und ernstgenommene Partizipationsmöglichkeiten, Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen und eine relevante jugendpolitische Querschnittspolitik.
- Es ist eine politische Transparenz notwendig, in der sich die Politik der Jugend erklärt und verpflichtet fühlt, ihre Entscheidungen entsprechend zu verändern. Dafür benötigt werden u. a. klare institutionelle Zuständigkeiten und Ansprechpartner:innen für europäische Jugendpolitik in den Kommunen, im Bund und in Brüssel, mit Anschluss an die regional vorhandenen Jugendstrukturen.
- Wir fordern eine durchgehende Anerkennung des Wertes von Jugendarbeit an sich, als Ort der Persönlichkeitsbildung und freien Entfaltung junger Menschen.
- Notwendig für eine gelingende europäische Jugendpolitik ist ein konsequentes Zusammendenken der nationalen und europäischen jugendpolitischen Entwicklung innerhalb eines eigenständigen Förderprogramms.

Europäische Förderung für die Jugend

Europäische Förderprogramme und Förderfonds dienen als europapolitische Instrumente, die lokal, national und europäisch Wirkung entfalten sollen. Schon allein dadurch ist die Begleitung und aktive Gestaltung der europäischen Förderpolitik für den BJR relevant. Ein wichtiger Zugang der Jugendarbeit zu EU-Programmen ist Erasmus+ und vor allem dessen Förderbereich JUGEND IN AKTION, denn hieraus werden unterschiedliche Formate der internationalen Jugendarbeit, der Mobilität für Ehrenamtliche und Fachkräfte sowie Projekte des Jugenddialogs gefördert. Der bekannt gewordene und von Deutschland entscheidend geprägte Europäische Freiwilligendienst ist ein wichtiges Förderformat, welches mit der Neueinrichtung des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) Ende 2018 eine bessere Sichtbarkeit und eine eigene Rechtsgrundlage erhalten hat.

Erasmus+ JUGEND IN AKTION wurde Anfang 2014 auch als das Förderinstrument der europäischen Jugendpolitik eingeführt und zielte primär auf die finanzielle Förderung der Umsetzung der EU-Jugendstrategie ab. Diese wurde 2019 durch die neue EU-Jugendstrategie abgelöst, die bis Ende 2027 in Kraft ist. Die Förderperiode 2014–2020 war von vielen Veränderungen geprägt, die auch die Vorbereitungen für die Förderperiode ab 2021 beeinflussen. Deutlich wurde dabei, dass der Bedarf vor allem für internationale Jugendprojekte wesentlich höher ist, als im Budget von JUGEND IN AKTION ursprünglich vorgesehen war, was zu niedrigen Förderquoten führte.

Den Europäischen Sozialfonds (ESF) gibt es bereits seit über 60 Jahren. Er wird als das bedeutendste arbeitsmarktpolitische Instrument der EU benannt und soll ab 2021 als ESF+ weitergeführt werden. Dabei sollen die folgenden Programme unter dem Dach des ESF integriert werden: die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen, das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) und das EU-Gesundheitsprogramm.

Über die europäischen Förderinstrumente hinaus nimmt das europäische Wettbewerbs- und Beihilferecht erheblichen Einfluss auf die Art und Weise der mitgliedstaatlichen Förderung und die Erbringung von Leistungen durch freigemeinnützige Träger. Seit Jahren besteht eine rechtliche Unklarheit, ob die im Sinne des SGB VIII freien Träger der Jugendhilfe, die Leistungen im Auftrag des Staates erbringen oder durch diesen gefördert werden, diesen beiden Rechtsbereichen unterworfen sind. Rechtsstreitigkeiten und Unsicherheit bei den freien Trägern der Jugendhilfe sind die Folgen dieses Regelungsdefizites, was letztlich auch dazu führt, dass gute Angebote der Jugendarbeit nicht mehr umgesetzt werden.

Position

Die aktive Mitgestaltung und Einbeziehung der Jugendarbeit bei der Entstehung, Umsetzung und Auswertung von europäischen Förderprogrammen wird immer wichtiger, da diese ein zentrales Instrument für die Mobilität von jungen Menschen in Europa sind. Als Jugendarbeit müssen wir daher durch die Mitarbeit in Begleitausschüssen und Beiräten der Programme unsere Interessen vertreten können sowie durch eine gute Vernetzung mit den relevanten Akteuren auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene eingebunden sein. Der Mehrjährige Finanzrahmen für 2021–2027¹¹ wird voraussichtlich Ende 2020 beschlossen werden. Diesen Prozess, sowie die neuen Förderprogramme müssen beobachtet und aus Jugendsperspektive begleitet werden. Konstruktiv begleiten wir neue Entwicklungen wie die Initiative DiscoverEU¹², die ab 2021 voraussichtlich in ERASMUS+ integriert werden soll.

Das integrierte EU-Bildungsprogramm Erasmus+ und der darin enthaltene non-formale Bildungsbereich JUGEND IN AKTION hat in der Umsetzung zu vielen Schwierigkeiten und Nachteilen für Jugendorganisationen und Jugendliche selbst geführt¹³, vor allem im Vergleich zu

11 Bayerischer Jugendring: „Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen“, 2018.

12 Bayerischer Jugendring: „Stellungnahme zum Free-Interrail-Ticket“, 2018.

13 Bayerischer Jugendring: „Stellungnahme zu Erasmus+ Jugend in Aktion aus der Perspektive der Jugendarbeit“, 2015.

Forderungen

großen Träger, die gewinnorientiert arbeiten. Hier bedarf es dringend Veränderungen und Anpassungen, damit internationale Jugendarbeit adäquat gefördert werden kann. Die angekündigten Vereinfachungen im Programm haben ihre Wirkung nicht entfalten können und erschweren Jugendorganisationen weiterhin den Zugang zum Programm. Die EU-Förderprogramme und EU-Förderfonds müssen die vorhandenen Strukturen und Arbeitsweisen der Jugendarbeit nicht nur wahrnehmen und wertschätzen, sondern sie auch respektieren und beteiligen. Deshalb müssen bei der Antragstellung, Finanzierung und Umsetzung von EU-Projekten verwaltungstechnische Hürden abgebaut werden. Der Europäische Sozialfonds (ESF+) und die Programme des Strukturfonds bieten Fördermöglichkeiten, die auch mittelfristig Personalstellen finanzieren können. Doch bisher stehen der Nutzung solcher Programme oft die Vorfinanzierung und der enorme Verwaltungsaufwand entgegen. Neben dem ESF+ gilt dies auch für weitere EU-Förderprogramme wie z. B. ELER oder AMIF.

In Bezug auf die nationale Finanzierung der Jugendhilfe ist festzustellen: Die Leistungen und Angebote der Jugendarbeit werden entsprechend der Regelungen des SGB VIII vorrangig durch freigemeinnützige Träger und dort überwiegend durch ehrenamtlich Tätige erbracht. Eine Unterwerfung dieser Angebote und Leistungen unter das europäische Wettbewerbs- bzw. Beihilferecht ist weder erforderlich noch angemessen, weshalb diese vom Anwendungsbereich der entsprechenden europäischen Regelungen, zum Beispiel der Dienstleistungsrichtlinie, ausgenommen werden sollten.¹⁴

- ...✚ Es bedarf einer Öffnung der EU-Förderprogramme für die Jugendarbeit im Sinne einer jugendgerechten Förderung, die Jugendliche generell als eine wichtige Zielgruppe aufnimmt und priorisiert.
- ...✚ Die bürokratischen und verwaltungstechnischen Hürden von europäischen Förderprogrammen müssen abgebaut und die Förderbedingungen auch für kleine freie Träger der Jugendarbeit verbessert werden, um eine Sicherung der Vor- bzw. Zwischenfinanzierung herzustellen.
- ...✚ Es ist eine ernsthafte und transparente Weiterentwicklung von Erasmus+ notwendig, in der die Jugendarbeit gleichwertig mit den anderen Bildungsbereichen einbezogen wird, um konkrete Verbesserungen zu erreichen.
- ...✚ Die Leistungen und Angebote der Jugendarbeit sind aus dem Anwendungsbereich des europäischen Wettbewerbs- bzw. Beihilferechts auszunehmen. Dadurch werden die Mitgliedstaaten in die Lage versetzt, die jeweilige Förder- und Unterstützungspraxis der Träger der Jugendarbeit ohne europäische Regulierung durchzuführen.
- ...✚ Jugendorganisationen und zivilgesellschaftliche Trägerstrukturen müssen in die Entwicklung und Begleitung der Förderprogramme wie Erasmus+, ESK und ESF+ als wichtige Stakeholder miteinbezogen werden. Neue Programme wie das Europäische Solidaritätskorps dürfen die wichtige Rolle der Organisationen bei der Umsetzung der Förderziele in die Praxis nicht außer Acht gelassen werden, um den jungen Menschen bei ihrer Mobilitätserfahrung qualitätsvolle Jugendarbeit angedeihen zu lassen.

¹⁴ Vgl. z. B. Meysen/Beckmann/Reiß/Schindler: Recht der Finanzierung von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, Baden-Baden 2014, S. 57ff.

Jugend will Bildung

Bildung bleibt ohne die Freiheit des Einzelnen, sich entsprechend seiner eigenen Fähigkeiten und Werte zu bilden, nur Halbbildung. Insbesondere für den Prozess eines lebenslangen Lernens sind eigene Zielsetzungen und innerer Antrieb unerlässlich. Diese Notwendigkeit beschränkt die Verzweckung von Bildung und Lernen von außen und begreift Bildung in ihrer eigenständigen Wertigkeit und Relevanz.

Die politische Dimension von Bildung und damit das Erlernen von politischer Teilhabe sind von herausragender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit Europas. Bildung erschöpft sich nicht in erlerntem theoretischem Wissen – praktisches Handeln und informelles Lernen müssen als Gegengewicht zur momentanen Fokussierung auf messbare Bildungsnormen aufgewertet werden. Hierfür braucht es Freiräume innerhalb und außerhalb des Alltags in Schule und Hochschule, wie sie in der Jugendarbeit geboten werden. Die EU setzt folgerichtig auf einen umfassenderen Bildungsbegriff als die OECD und betont sowohl die Bedeutung politischer Bildung als auch des außerschulischen Bildungsbereichs und non-formaler Lernformen.

Position

Sich im Dialog mit anderen und in Mitsprache über Ziele und Wege bilden zu können, ist die Basis des Heranreifens zu interessierten und engagierten Weltbürger:innen, die sich für ein demokratisch verfasstes, und pluralistisch-friedliches Europa einsetzen. Damit sich jede und jeder bereichernd in die Gesellschaft einbringen und für gutes Zusammenleben in Europa und in der Welt einsetzen kann, müssen hinreichende Bedingungen geschaffen werden. Dazu gehören unerlässlich eine praxisnahe politische Bildung und die Ermöglichung sozialen Lernens. Insbesondere muss Bildungsungleichheit bekämpft werden. Bildung darf kein Luxusgut darstellen, sondern muss ein einforderbares Recht sein. Fragen von Ungleichheit und Jugendarbeitslosigkeit in Europa müssen durch eine konsequente, gerechte Bildungspolitik beantwortet werden.

Kinderarmut, unsichere Lebensverhältnisse von Familien und sozial benachteiligende Familienpolitiken behindern junge Menschen nachhaltig. Die Rede von unvereinbaren Kulturen oder von bildungsfernen Milieus grenzt junge Menschen aus. Es muss ein konsequenter Wechsel von einer Defizitperspektive zu einer Kultur des Förderns bei ungleichen Ausgangsbedingungen vollzogen werden. Außerdem müssen die politischen Rechte von Jugendlichen anerkannt und Mitsprache- und Partizipationsrechte Jugendlicher in Schulen und anderen Bildungskontexten ausgeweitet werden.

Die europäische Jugend braucht Investitionen in außerschulische Bildungsarbeit, Schulbildung und Ausbildung. Insbesondere bedarf es qualitativ hochwertiger öffentlicher Bildungsangebote, die allen Menschen zugänglich sind.

Das Subsidiaritätsprinzip und die Kompetenzverteilung müssen geachtet werden, um passgenaue nationale oder regionale Lösungen zu ermöglichen. Eine strukturelle Homogenisierung von Bildungs- und Schulsystemen erscheint nicht als zielführend. Die Europäische Union sollte aber ein Anreizsystem entwickeln, dass nationale und lokale öffentliche Investitionen in Bildung fördert, ohne dabei lokale Steuerungskapazitäten zu beschränken. Dieses Fördersystem muss so ausgestaltet werden, dass wirtschaftlich schlechter gestellte Staaten nicht benachteiligt werden. Bessere Schulsysteme werden nicht durch vereinheitlichende Strukturentscheidungen erreicht, sondern durch bessere Ausstattung bei gleichzeitiger Ausweitung lokaler Entscheidungskompetenzen: durch kommunale Politik, durch Mitsprache von Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften. Die Europäische Union soll außerdem Anreize setzen, um ein Bildungs-, Übergangs- und Schnittstellenmanagement einzurichten, um konsequent und basierend auf verlässlichen Daten, Probleme wie Schulabbruch, institutionelle Benachteiligung bestimmter Menschengruppen und mangelhafte Bildung für die Herausforderungen des Erwachsenenlebens zu bekämpfen.

Forderungen

„Gute Bildung für junge Menschen, die sie umfassend bei der Bewältigung ihrer Lern- und Entwicklungsaufgaben unterstützt, ist deutlich mehr als Schule.“¹⁵ Verbandliche und offene Jugendarbeit sind Orte non-formalen Lernens, an denen sich Kinder und Jugendliche selbstorganisiert und lebensweltnah Wissen und Werte aneignen, Demokratie erleben und lernen sowie ihre Selbst- und Sozialkompetenz ausbilden. Neben dem formalen Bildungsbereich ist deshalb eine deutliche Aufwertung und sichtbare Anerkennung non-formaler und informeller Bildung nötig, da hier die Grundlagen lebenslangen Lernens praxisnah und nachhaltig erlernt werden.

Kinder- und Jugendarbeit als Ort des non-formalen und informellen Lernens wird zu einem überwiegenden Teil von Ehrenamtlichen und innerhalb gemeinnütziger Organisationen gestaltet. Das europäische Recht trägt diesen Strukturen nicht Rechnung, sondern orientiert sich an den wettbewerbsrechtlichen Begriffen „Verbraucher“ und „Unternehmer“. Die freigemeinnützigen Träger der Jugendhilfe werden daher grundsätzlich als Unternehmen qualifiziert, unabhängig davon, ob eine Gewinnerzielungsabsicht durch die Tätigkeit besteht oder nicht. Damit entstehen für die Jugendverbände und Jugendringe häufig zusätzliche formale Anforderungen, die die Angebote beschränken oder mitunter unmöglich machen.¹⁶ Das europäische Recht sollte daher eine Alternative zum Unternehmensbegriff etablieren, welche die Rechtsformen gemeinnütziger Organisationen umfasst und auf diese Weise sicherstellt, dass die Regelungen für Unternehmen auf frei-gemeinnützige Träger der Jugendhilfe nicht anwendbar sind.

- ✚ In allen Bereichen jugendlichen Lebens und Lernens bedarf es einer starken Jugendvertretung mit weitreichende Anhörungs-, Vorschlags- und Mitspracherechten. Die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Bildungsinstitutionen ist europaweit zu fördern, um zum Beispiel durch Anreizsysteme Qualitätsstandards für gute Partizipationsbedingungen zu setzen. Im Hochschulbereich bedarf es einer Überarbeitung der Europäischen Studienreform, um mehr Freiheit für Forschung, Lehre und eigenverantwortliches Lernen zu schaffen.
- ✚ Die Europäische Union muss durch eine Durchsetzung der Rechtsverbindlichkeit des Europäischen Qualifikationsrahmens in den Mitgliedsländern Hindernisse für Bildungsmobilität abbauen. Der BJR begrüßt ausdrücklich die Initiative des Rates zum Europäischen Bildungsraum 2025, die eine automatische gegenseitige Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen sowie der im Ausland erzielten Ergebnisse von Lernzeiten zum Ziel hat.¹⁷
- ✚ Gleichermaßen wie die formale Bildung muss der Bereich des non-formalen Lernens an selbstbestimmten Lernorten aufgewertet werden.
- ✚ Um die Inklusion von Menschen unterschiedlicher physischer und psychischer Voraussetzungen sowie sozio-ökonomischer und kultureller Herkunft zu befördern, bedarf es einer jährlichen ländervergleichenden Berichterstattung. Die Qualität öffentlicher Erziehung und Bildung muss gegenüber der Ausweitung privater Einrichtungen, die oftmals nicht allen jungen Menschen offenstehen, gefördert werden. Außerdem kann zum Beispiel durch die Einführung von Bildungsgeld in Form eines zinslosen Darlehens für alle Bildungsbereiche allen jungen Menschen die Möglichkeit geboten werden, in ihre eigene Bildung zu investieren.
- ✚ Um die Angebote der Jugendarbeit abzusichern und nicht durch bürokratische Hindernisse zu erschweren, muss neben dem Verbraucher- und dem Unternehmerbegriff ein europarechtlicher Begriff für frei-gemeinnützige Organisationen etabliert werden. Europarechtliche Regelungen sind vor Inkrafttreten auf deren Ehrenamts- und Gemeinnützigkeitsfreundlichkeit zu prüfen.

15 Aus dem Beschluss des 135. Hauptausschuss des Bayerischen Jugendrings (2009) „Gautinger Erklärung“.

16 Bayerischer Jugendring: „Schwarzbuch Ehrenamt“, 2013

17 Rat der Europäischen Union (2018): www.ec.europa.eu/education/education-in-the-eu/european-education-area_de

Migration kinder- und jugendfreundlich gestalten

Position

Der Begriff Migration wird mit „Wanderung“ übersetzt und ist im Gegensatz zum Begriff „Asyl“ nicht klar abgrenzbar. Die Wanderungsbewegungen können vielfältige Auslöser haben und auf verschiedenen – auch risikoreichen – Wegen verlaufen. Die Vermischung von Flucht- und Migrationsbewegungen erschwert dabei die Entwicklung politischer Strategien, denn es bestehen bei allen Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Migrationswege unterschiedliche Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten. Während die EU-Staaten durch internationales, europäisches und nationales Recht zum Schutz von Geflüchteten verpflichtet sind, liegt die Aufnahme von Einwanderer:innen immer noch weitgehend in nationaler Entscheidungskompetenz. Geflüchtete müssen also aus rechtlichen Gründen von Einwanderer:innen unterschieden werden. Auch aus entwicklungspolitischer Sicht ist eine Differenzierung notwendig: Fluchtursachen muss entgegengewirkt werden, weil sie immer eine menschliche Katastrophe darstellen, freiwillige Migration hingegen kann eine wichtige Triebkraft für Entwicklung sein. Wenn sie gut geregelt wird, auf fairen Abkommen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeländern beruht und die Rechte der Einwanderer:innen geachtet werden, liegt sie im Interesse aller Beteiligten – im optimalen Fall als „triple win“¹⁸ – und sollte nicht begrenzt, sondern gefördert werden.

Inzwischen sind in fast allen EU-Mitgliedstaaten mindestens ein Fünftel der im Ausland geborenen Bevölkerung Kinder und Jugendliche.¹⁹ Der Bayerische Jugendring beschäftigt sich mit Fragestellungen junger Einwanderer:innen. Er setzt sich für eine grundlegende Neuausrichtung der Migrations-, Integrations- und Asylpolitik ein, weg von Abwehrpolitik gegenüber eingewanderten und künftig einwandernden Menschen hin zu einer Willkommens- und Anerkennungskultur.²⁰ Die Jugendarbeit in all ihren Facetten und Möglichkeiten sieht sich aufgefordert, sich daran aktiv und gestaltend zu beteiligen.

„Innerhalb der Europäischen Union betreibt jeder Mitgliedstaat bisher seine eigene nationale Einwanderungspolitik. Er kann die Einreiseverfahren, die Art der Tätigkeiten, die Einwanderern angeboten werden, verfahrensberechtigte Herkunftsländer und die Zahl der Menschen, denen die Einreise gewährt wird, eigenverantwortlich festlegen.“²¹ Wichtige Aspekte der Einwanderungspolitik werden von den Staats- und Regierungschefs der EU politisch gemeinsam beantwortet. Durch gemeinsame Rechtsvorschriften, wie zum Beispiel bei der Familienzusammenführung, dem Aufenthalt von Einwanderer:innen oder eines Konzepts für den Umgang mit illegalisierten Einwanderer:innen sollen übergreifende Regelungen für alle EU-Länder gleichermaßen gelten.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, dass unabhängig von Herkunftsland und Aufenthaltsstatus die UN-Kinderrechtskonvention und in Deutschland das Kinder- und Jugendhilferecht umgesetzt werden. Bildung und Ausbildung spielen dabei eine entscheidende Rolle. Den Vorrang des Kindeswohls gilt es gesetzlich zu verankern. Um die Bedeutung der Kinderrechte zu stärken und die vollumfängliche Umsetzung zu gewährleisten, bedarf es einer verfassungsmäßigen Verankerung sowie einer Strategie der EU. Schutz, Förderung und Teilhabe stehen allen Kindern und Jugendlichen zu, egal in welchem Land und zu welchem Zeitpunkt.²²

Neben der Freizügigkeit innereuropäischer Bewegungen, vor allem bei jungen Menschen zum Zwecke des Studiums, der Ausbildung oder zusammen mit den Eltern, stellen die internationalen und globalen Migrationsbewegungen die Weltgemeinschaft vor eine große Herausforderung. Die Facetten und Teilphänomene in der Migration sind dabei vielfältig. Im Bereich der Arbeitsmigration ist das Instrument der BlueCard die gesamteuropäische Antwort auf zugewanderungsrechtliche Angebote anderer Länder. Dafür muss sie gestärkt und weiterentwickelt werden. Im Bereich der Zuwanderung und dem Verbleib ausländischer Studierender bedarf es der Begleitung der angehenden Fachkräfte, zum Beispiel durch Sprachkurse aber auch der Beratung potenzieller Arbeitgeber, um Einstiegsbarrieren zu senken. Die An-

18 „triple win“ bezeichnet die dreifachen Vorteile, wenn Fachkräfte aus Ländern außerhalb der EU für den europäischen Arbeitsmarkt zu gewinnen sind und davon die Unternehmen in Deutschland profitieren, die Fachkräfte selbst sowie ihre Herkunftsländer, wenn die Fachkräfte wieder heimkehren.

19 Eurostat: „Being young in Europe today“, 2015.

20 Verweis Fluchtpapier! Beschluss der 152. Vollversammlung des Bayerischen Jugendrings (2018): „Für ein Klima der Menschenfreundlichkeit“

21 Europäische Kommission: „Chance und Herausforderung zugleich – Migration in der Europäischen Union“, 2010.

22 Beschluss des 134. Hauptausschuss des Bayerischen Jugendring (2009) „Du hast ein Recht ... auf deine Rechte!“.

erkennung ausländischer Berufsqualifikationen sowie die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bei Anwerbung und Integration gehören darüber hinaus ebenfalls zum Aufgabenspektrum. Die Familienmigration stellt mit 35 % neben Arbeitsmigration (28 %) und Studium (15 %) den Grund für den größten Teil der Aufenthaltsgenehmigungen dar. Familiennachzug ist aus sozialpolitischer Sicht höchst relevant²³, da dies erstens eine direkte Verbindung zwischen der Ausgestaltung der Familiennachzugspolitik und der Arbeitsmigrationspolitik darstellt, zweitens keine auf Qualifikationen basierende Zuwanderungssteuerung möglich ist und drittens eine besonders integrative und persönlichkeitsstabilisierende Funktion erfüllt.

Für junge Menschen sind Information und Zugänge zur Gesellschaft sowie Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten essentiell, um gleichberechtigt in der EU zu leben. Die Teilhabe am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft muss gestärkt werden und Unterstützung, zum Beispiel in der Schule, gewährleistet werden. Eine angst- und diskriminierungsfreie Umgebung für junge Menschen zu schaffen, ist dabei Grundlage, um gute Perspektiven und Entwicklungschancen bieten zu können.

Junge Menschen sind in den Einwanderungsländern oftmals verschiedenen Formen von Diskriminierung und Rassismus ausgesetzt. Um dem entgegenzuwirken, braucht es Standards zur interkulturellen Öffnung und Sensibilisierung von Verwaltung und Trägern von Angeboten, Antidiskriminierungsstellen und eine positive Darstellung von Migration in der Öffentlichkeit. Um selbst aktiv mitgestalten und sich gegen Diskriminierung wehren zu können, braucht es transparente Informationen zu Teilhabemöglichkeiten und Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement.

An europäischen Austauschprogrammen nehmen immer noch prozentual weniger Jugendliche mit Migrationshintergrund teil als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Hier ist es notwendig, diese Programme auf Zugangsbarrieren zu untersuchen und diese abzubauen. Eine besondere Förderung für junge Menschen mit Migrationshintergrund kann eine Möglichkeit sein.

Politische und gesellschaftliche Partizipation und Mitsprache bei Themen, die junge Menschen unmittelbar betreffen, sind wichtige Indikatoren für Integration. Der BJR kritisiert an dieser Stelle an Deutschland, dass beim Thema Wahlrecht unterschiedliche Regelungen für EU-Bürger:innen, Nicht-EU-Bürger:innen und Bürger:innen aus der Schweiz und Liechtenstein gelten. Diese Kritik gilt überall dort, wo das Herkunftsland über Bürgerrechte entscheidet. Es ist europaweit darauf hinzuwirken, dass Teilhabe gleichberechtigt für alle jungen Menschen, die in einem Land leben, ermöglicht wird.

Besonders Mädchen und junge Frauen, die alleine in andere Länder reisen, sind Gefahren für ihre Gesundheit und Unversehrtheit ausgesetzt. Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist in allen Ländern ein wichtiges Thema, an dem verstärkt gemeinsam zum Schutz und zur gesicherten Förderung weiblicher Migration gearbeitet werden muss.

23 Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Fakten zur Einwanderung in Deutschland, 2015.

Forderungen

- …✚ Zu Schutz, Förderung und Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen – egal in welchem Land und zu welchem Zeitpunkt – fordern wir eine Strategie der EU für die Umsetzung der Kinderrechte.
- …✚ Für junge Einwanderer:innen fordern wir die dringend benötigten Informationen und Zugänge in Europa sowie Teilhabe und Partizipationsmöglichkeiten. Die Europäische Union muss dafür einen Rahmen schaffen, in dem echte Perspektiven und Entwicklung möglich sind. Grundvoraussetzung hierfür ist eine angst- und diskriminierungsfreie Gesellschaft. Hierzu gehört die Sensibilisierung für Mitarbeiter:innen staatlicher Institutionen bzgl. interkultureller Zusammenhänge und struktureller Diskriminierung sowie die verpflichtende Einrichtung europäischer und nationaler Antidiskriminierungsstellen.
- …✚ In Bezug auf europäische Förderprogramme bedarf es der nötigen Ausstattung zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus, der Stärkung von Akteuren im Feld der von Diskriminierung Betroffenen sowie der Stärkung von Teilhabe von jungen Menschen mit Migrationshintergrund an EU-Förderung und Partizipationsmechanismen.
- …✚ Europa braucht legale Einwanderungsmöglichkeiten. Dafür bedarf es zum Beispiel einer gesamteuropäischen Strategie der BlueCard, außerdem der Weiterentwicklung, Unterstützung und Vermarktung der bisherigen arbeitsmigrationspolitischen Instrumente hin zu einem Gesamtkonzept, das Antworten auf zuwanderungspolitische Herausforderungen bietet, sowie einen ganzheitlichen und ressortübergreifenden Ansatz unter Beteiligung verschiedener institutioneller als auch zivilgesellschaftliche Akteure.

Perspektiven für junge Menschen auf der Flucht

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sieht ein Recht vor, „Asyl zu beantragen und zu genießen“²⁴, das Grundgesetz²⁵ sogar ein Recht auf Asyl für politisch Verfolgte. Die deutsche und europäische Asylpolitik ist hingegen auf Abwehr ausgerichtet – spätestens seit der Änderung des Art. 16a GG von 1993 und der ersten Dublin-Verordnung von 2003, nach der Asylsuchende in dem Mitgliedsstaat, den sie zuerst betreten, ihren Asylantrag stellen müssen.

Seit dem Jahr 2016 ist eine weitere Verschärfung der Politik erkennbar: Schließung der sogenannten „Balkanroute“, EU-Türkei-Deal, Schließung von Häfen für Schiffe, die Geflüchtete aus Seenot retten, Kriminalisierung der (zivilgesellschaftlichen) Seenotrettung, Erhöhung des Budgets von Frontex und Europol, stagnierende Verhandlungen zur Dublin-Reform, um nur einige Beispiele zu nennen.

Der Bayerische Jugendring setzt sich intensiv mit der Lage von jungen Menschen auf der Flucht auseinander.²⁶ Grund dafür ist die nach wie vor hohe Zahl der jungen Menschen, die sich, begleitet von Erwachsenen oder unbegleitet, auf der Flucht nach und in Europa befinden. Flucht ist immer noch ein Phänomen der jungen Menschen. Sie sterben nach wie vor in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft in Europa. Zahlreiche Kinder und Jugendliche sind während ihrer Flucht in Europa „verlorengegangen“. Auch nach ihrer Aufnahme in „sicheren“ Ankunftsändern leben junge Menschen häufig in prekären Verhältnissen und sind Ausbeutung, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit ausgesetzt. Europa hat hier eine Verantwortung, der es mit vereinten Kräften nachzukommen gilt. Kinder und Jugendliche haben Rechte und bedürfen konkreter Schutzmaßnahmen.

2014 sind allein über das Mittelmeer 10.500 Kinder nach Italien gekommen. Dabei bleibt unklar, wie viele im Mittelmeer starben, bevor sie Italien erreichten.²⁷ Dieser Trend setzt sich fort mit traurigen Rekorden in den

Jahren 2015/2016. 2018 erreichten ca. 35.000 Kinder Europa über den Seeweg, davon ca. 6.000 unbegleitete Minderjährige.²⁸ In der Streitschrift „Im Namen der Menschlichkeit“ wird formuliert, „... der derzeitige Umgang mit Flüchtlingskindern verstößt massiv gegen die UN-Kinderrechtskonvention als in Deutschland und Europa geltendes Recht.“²⁹

„Flüchtlingskinder sind besonders schutzbedürftig – unabhängig davon, ob sie unbegleitet oder mit ihren Eltern nach Deutschland kommen.“³⁰ Dies gilt während der Flucht selbst, aber auch danach. Je nach Familienkonstellation müssen sie Rollen und Verantwortung übernehmen, die sie physisch und psychisch überfordern. Knapp die Hälfte aller Asylsuchenden in Deutschland sind Kinder, der Großteil der Geflüchteten ist jung, wie folgende Zahlen belegen: 2018 waren in Deutschland 74,1% aller Asylsuchenden unter 30 Jahre alt, 48,3% waren unter 18 Jahre alt.^[9]

In der Integrationsarbeit nach der Ankunft in Europa haben sich inzwischen Erfahrungswerte herauskristallisiert, auf die es ein besonderes Augenmerk zu legen gilt: Besondere Herausforderungen gibt es beim Thema Volljährigkeit, da in den meisten europäischen Ländern mit dem 18. Geburtstag die Unterstützung durch die Jugendämter inkl. gesonderter Unterbringung aufhört. Auch die verschiedenen Gruppen innerhalb der Geflüchteten haben spezifische Schutzbedürfnisse, denen häufig nicht Rechnung getragen wird: Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen, alleinreisenden jungen Erwachsenen, Menschen mit einer LGBTIQ*-Identität, Menschen, die religiösen und/oder ethnischen Minderheiten angehören. Nach wie vor ist im Vergleich der europäischen Länder festzustellen, dass die Asylverfahren äußerst verschieden ablaufen, die Schutzformen und die Zugänge zu Unterstützung divers sind. Häufig liegt es aufgrund der europäischen Gesetzgebungen aber nicht in der Hand des

24 § 14 (1) „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“

25 Art. 16a. (1) „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

26 Beschlüsse des 144. und 145. Hauptausschusses des Bayerischen Jugendrings (2014)..

27 Human Rights Watch: „The Mediterranean migration crisis“, 2015.

28 UNICEF: Refugee and Migrant Crisis in Europe. Humanitarian Situation Report No. 30. End of Year 2018. <https://data2.unhcr.org/en/documents/download/67774>

29 Prantl, Heribert: „Im Namen der Menschlichkeit – Rettet die Flüchtlinge!“, 2015.

30 UNICEF: „In erster Linie Kinder – Flüchtlingskinder in Deutschland“, 2014: www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-indeutschland-unicef-studie-2014-data.pdf

Individuums, sich entscheiden zu können, wo er/sie Asyl beantragt. Dies ist vielmehr ein Effekt von Zufällen und Willkür. Somit sind die Startbedingungen für viele Menschen ebenfalls willkürlich. Auch die Anerkennung von Bildungsabschlüssen oder non-formalen Kenntnissen ist äußerst heterogen und erschwert zusätzlich den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Position

Die aktuelle Praxis der Europäischen Union im Umgang mit den weltweiten Fluchtbewegungen ist völlig unzureichend, inhuman und ineffektiv. Europa schottet sich ab, betreibt eine Politik der Abschreckung und unterhält mit dem Dublin-Abkommen eine teure, nutzlose Politik eines „gewaltigen Menschen-Verschiebebahnhofs“³¹ innerhalb der EU. Die gefährlichen, oft tödlichen Fluchtrouten über das Mittelmeer können nicht durch immer bessere Überwachungssysteme etwa durch die europäische Grenzschutzagentur Frontex³² unterbunden werden und fördern im Gegenteil vielmehr illegale Strukturen. Die Flüchtenden geraten dabei in ökonomische Abhängigkeiten, sie sind hoch verschuldet, wenn die Flucht gelingt, und gleichzeitig finanziell für Verwandte im Herkunftsland verantwortlich. Die Entwicklungen seit den Jahren 2016/2017 sind höchst problematisch. In Anbetracht der weiterhin hohen Zahl an Menschen, die über das Mittelmeer flüchten, kommen die politischen Entscheidungen, die staatliche Seenotrettung einzustellen, Häfen zu schließen und zivile Seenotrettung zu kriminalisieren, einem Todesurteil gleich. Dabei werden Prinzipien der Seefahrt außer Kraft gesetzt und das System der Schleuser keinesfalls unterbunden. Die Zusammenarbeit mit Staaten, die in keiner Weise den Schutz von Flüchtenden auf der Fluchtroute gewährleisten können, ist aufs Schärfste zurückzuweisen.³³

Deshalb ist es wichtig, Ausnahmen bei den Visa-Bestimmungen oder Erleichterungen beim Erhalt eines Visums zuzulassen. Diese Maßnahmen erfordern keine Änderung der existierenden EU-Gesetze, sondern lediglich die sensible Anwendung bestehender Regeln. Es sollen Ausnahmen von den Visa-Anforderungen gelten, wenn es im Herkunftsstaat des Antragsstellers zu massiven Menschenrechtsverletzungen kommt. Es werden nationale geschützte Einreiseverfahren für Asylsuchende benötigt und zwar in Herkunftsländern von Schutzsuchenden, aber auch in Erstaufenthalts- oder Transitstaaten, wo sie keinen Schutz erhalten können. Eine Novellierung des EU-Visa-Codes muss die Möglichkeit schaffen, „Schutzvisa“ als „Schengen-Visa“ auszustellen, die innerhalb von drei Monaten das Reisen im Gebiet der Schengen-Vertragsparteien und das anschließende Beantragen von Asyl erlauben.

Dublin III muss im Sinne von „free choice“ reformiert werden, so dass zwar die grundsätzliche Zuständigkeit des Ersteinreisestaats weiterbesteht (bis auf die Ausnahmen, die Dublin III schon vorsieht), aber nach Abschluss des Asylverfahrens den Geflüchteten eine freie Wohnortwahl zusteht. So kann der Süden Europas entlastet und eine europaweite Mobilitätsoption ermöglicht werden. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn „... Dublin als zentrale Zuständigkeitsregel stärker als bisher eingehalten wird und Standards der Unterbringung und der Anerkennungsverfahren erfüllt werden.“³⁴

Das Thema Flucht ist in Europa derzeit kaum verhandelbar, da sich viele Nationalstaaten noch nicht einmal mehr auf Gespräche einlassen. Dies ist ein nicht hinnehmbarer Zustand, die nationalen Regierungen Europas müssen hier ihre Verantwortung wahr- und ernstnehmen.

31 Prantl, Heribert: „Im Namen der Menschlichkeit – Rettet die Flüchtlinge!“, 2015.

32 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe: November 2020. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-november-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=2

33 Beschluss der 153. Vollversammlung des Bayerischen Jugendrings (2018): „Sicherstellung der Seenotrettung im Mittelmeer“.

34 Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Unter Einwanderungsländern. Deutschland im internationalen Vergleich, Jahresgutachten 2015.

Forderungen

- … Wir fordern die europäische Politik auf, wieder einen konstruktiven Dialog beim Thema Flucht zu führen. Die derzeitige Verhandlungsart fordert Menschenleben. Wir fordern die Bekämpfung von Fluchtursachen, zum Beispiel durch faire Handelsabkommen, Friedenspolitik, Unterstützung in Krisenzeiten und gute Entwicklungszusammenarbeit.
- … Gemäß unseren Forderungen „Willkommen in Bayern!? – Unsere Verantwortung für Asylsuchende und Flüchtlinge“³⁵ fordern wir eine grundlegende Neuausrichtung der Asylpolitik weg von Abwehrpolitik hin zu einer Willkommens- und Anerkennungskultur, die Möglichkeit einer gefahrfreien und legalen Einreise in die EU und die Reform von Dublin III. Es bedarf der Gewährleistung einer EU-einheitlichen Umsetzung des Asylrechts und einer uneingeschränkten Anwendung des gemeinsamen europäischen Asylsystems.
- … Wir fordern europaweite kinder- und jugendgerechte Standards zur Unterbringung von minderjährigen Geflüchteten³⁶ und grundsätzlichen Schutz von minderjährigen Flüchtenden in der Europäischen Union. Wir fordern damit die konsequente Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention.
- … Wir fordern den uneingeschränkten Schutz von Kindern auf der Flucht, auch in Europa. Immer noch verschwinden tausende Kinder nach ihrer Ankunft. Wir sprechen uns gegen eine Kriminalisierung von Kindern aus, egal zu welchem Zeitpunkt – beim Aufgreifen an den Grenzen bis zur Klärung ihrer Identität oder in der Abschiebhaft. Kinder gehören nicht ins Gefängnis!
- … Minderjährige Geflüchtete haben im Sinne des Kindeswohls bereits heute die Möglichkeit, innerhalb der Europäischen Union mit ihren Familien zusammengeführt zu werden. Dies ist aber hochbürokratisiert, deshalb fordern wir eine Vereinfachung des Prozederes.
- … Wir brauchen dringend Richtlinien für Kinder und Jugendliche im Asylverfahren und die Anerkennung von kind-spezifischen Fluchtgründen wie zum Beispiel Zwangsverheiratung, Zwangsrekrutierung als Kindersoldaten oder Kinderprostitution im Rahmen und als Erweiterung des bestehenden Gemeinsamen Europäischen Asylsystems.
- … Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden. Häfen müssen für Menschen, die aus Seenot gerettet wurden, anlaufbar sein. Die europäische Staatengemeinschaft muss auch hier ihrer Aufgabe gerecht werden und Menschen aus Seenot retten.

³⁵ Beschluss des 145. Hauptausschuss des Bayerischen Jugendrings (2014).

³⁶ Gemäß der EU Qualifikationsrichtlinie 2011/95.

Auf dem Weg zu einer europäischen Sozialpolitik

Im europäischen Primärrecht sind gleichwertige Lebensverhältnisse nicht als Ziel verankert. Stattdessen wird in Art. 3 des EU-Vertrags die Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts als Aufgabe der EU festgehalten.³⁷ Dennoch lässt sich aus dem Wertekanon der EU die Verpflichtung ableiten, für all ihre Bürger:innen gute Lebensbedingungen zu bieten. Armut und Armutsrisiken stellen noch immer ein großes Problem dar. Armut trifft oft die Schwächsten der Gesellschaft, zu denen neben den alten und kranken Menschen vor allem Kinder und Jugendliche zählen.³⁸ Dass angesichts von Finanz- und Wirtschaftskrisen, hoher Arbeitslosigkeit und damit verbundenen Armutsrisiken politisches Handeln erforderlich ist, bleibt unbestritten. Auch die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung der Wirtschaft und die damit einhergehenden Veränderungen in Erwerbsarbeit und deren Konsequenzen werden die Sozialsysteme in Zukunft vor Herausforderungen stellen.

Die prinzipielle und erste Form des Eingriffs in die soziale Ordnung von Gesellschaften und die Struktur sozialer Ungleichheit sind finanz- und steuerpolitische Eingriffe. Der bisherige Verzicht, gemeinsame und verbindliche Regeln für einen funktionierenden Steuerstaat in den Mitgliedstaaten zu etablieren, sowie der Verzicht auf gemeinsame Anstrengungen, Steuerschlupflöcher und Kapitalflucht zu verhindern, sind zentrale Probleme der Gesellschaften Europas. Diese Mittel fehlen in sozialen Systemen der einzelnen Länder. Es braucht also ein weites Verständnis von Sozialpolitik, um Ansätze für die Entwicklung eines sozialen Europas entdecken zu können.

Erstens muss das Fundament richtig gesetzt werden, damit der für alle Staaten nachteilige Standortwettbewerb zwischen den Mitgliedsgesellschaften Europas beendet werden kann. Danach ist zweitens zu eruieren, inwiefern die bisherige Sozialpolitik mittels Förderprogrammen nicht Ungleichheitseffekte erzeugt, um diese ungewollten Effekte wirksam bekämpfen zu können. Solche ungewollten Effekte können beispielsweise die relativ schwache Abschöpfung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds durch weniger gut situierte Regionen sein, welche die Mittel dringend nötig hätten oder die

Verschwendung von Mitteln durch den Fokus auf groß angelegte Infrastrukturprojekte. In einem dritten Schritt kann dann über die Voraussetzungen von Umverteilungspolitik, das heißt von Sozialpolitik im engeren Sinn, nachgedacht werden. Mit der Europäischen Säule sozialer Rechte³⁹ wurde ein erster Schritt unternommen, eine gemeinsame europäische Sozialpolitik zu schaffen, die die Menschen schützt und ihr Leben verbessert.

Position

Der bisher eingeschlagene Weg zu einer Europäischen Säule sozialer Rechte muss weiterverfolgt werden. Hierbei müssen junge Menschen und deren Lebensumstände besonders in den Blick genommen werden. Die sozialen Rechte sollen sich direkt positiv auf die Menschen auswirken und umgekehrt die Akzeptanz der Europäischen Union stärken.

Aus Sicht von jungen Menschen sind alle drei Dimensionen von Sozialpolitik von zentraler Bedeutung: Gerade das Empfinden eigener Chancenlosigkeit aufgrund einer unvollständigen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik, die maßgeblich zur Ausweitung der Kluft zwischen Armen und Reichen führt, erhöht die Gefahr, dass junge Menschen von extremistischen Ideologien verführt werden. Europa muss für Jugendliche ein Raum der Möglichkeiten werden und nicht das Symbol für Ausgrenzung und die Privilegierung von Unternehmensinteressen. Jugendliche brauchen ein Europa, das Wege für Bildung, Beruf, ehrenamtliches und politisches Engagement eröffnet. Hierfür ist eine gute Kinder-, Jugend-, Familien- und Sozialpolitik unerlässlich.

Durch die Ausprägung von sozialer Ungleichheit und das Erleben von Chancenlosigkeit sowie Ausgrenzung werden junge Menschen um die Chance gebracht, Europa als gemeinsames und gewinnbringendes Projekt erleben zu können. Der nach wie vor bestehende Egoismus der Mitgliedstaaten, der sich maßgeblich durch niedrige Sozialstandards, gesenkte Steuersätze oder durch unwirksame Bekämpfung von Steuervermeidung und

37 Art. 3 EU Vertrag: www.dejure.org/gesetze/EU/3.html

38 Armut in der Europäischen Union (Europäisches Parlament): [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2016/579099/EPRS_IDA\(2016\)579099_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2016/579099/EPRS_IDA(2016)579099_DE.pdf)

39 Europäische Säule sozialer Rechte: https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-20-principles_de

-hinterziehung ausdrückt, verhindert eine europäische Sozialpolitik genauso wie eine gerechte Gesellschaftsordnung in den einzelnen Mitgliedsgesellschaften.

Während der Wunsch, Europa zum wirtschaftsstärksten Raum in der Welt zu machen, ganz oben auf der Agenda steht, müssen steuer- und sozialpolitische Zielsetzungen zukünftig verstärkt in den Fokus genommen werden. Zudem sollen diese in den Verträgen verankert und in konkrete Politik umgesetzt werden. Europa muss sich im Geist der Solidarität und des sozialen Friedens in Europa und in der Welt neu erfinden.

Forderungen

- ...✚ Die bisherigen sozialpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union müssen überprüft werden. Die Erzeugung sozialer und regionaler Ungleichheit durch ungleiche Möglichkeiten in den Mitgliedsstaaten Fördermittel einzuwerben und der Fokus auf große Infrastrukturprojekte müssen revidiert werden, weil sie häufig teure, aber wenig nachhaltige Regionalförderung bewirken. Vielmehr ist ein neuer Schwerpunkt auf gute Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Wirtschaftspolitik und Verwaltungen und auf Förderung von kleineren und mittleren Betrieben durch kostengünstige Kredite und Bezuschussung von Unternehmensgründung zu legen sowie insbesondere auf eine besondere Förderung von Unternehmen mit hohen sozialen und ökologischen Standards.
- ...✚ Wichtig ist es, innovative Wege der sozialpolitischen Förderung, insbesondere der Armutsbekämpfung im Bereich der Kinderarmut und der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, zu finden und zu fördern.
- ...✚ Die sozialen Sicherungssysteme (Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung) der Mitgliedstaaten müssen tendenziell einander angeglichen werden. Hierzu gehört einerseits die Angleichung der Leistungen, andererseits die Anrechenbarkeit der in anderen Mitgliedstaaten erworbenen Ansprüche.
- ...✚ Es sind verbindliche Standards und gemeinsame Anstrengungen nötig, um ein steuerpolitisches „race to the bottom“⁴⁰ sowie Steuerschlupflöcher wirksam zu bekämpfen. Die EU muss solche Standards auch bei bi- und multilateralen Abkommen zur Neuordnung globaler Regeln für die Wirtschaft vertreten. Die zunehmend stärker sichtbaren negativen Auswirkungen einer unterregulierten Weltwirtschaft, die zu Krisen, Bürgerkriegen und einer starken Zunahme von Flucht und Migration führt, machen deutlich, dass es mehr Regulierung im globalen Rahmen braucht.
- ...✚ Es muss stärker geprüft werden, wie eine eigenständige Finanzierung der europäischen Ebene möglich ist und dabei zugleich die Finanzwirtschaft stärker reguliert werden kann, zum Beispiel durch eine Finanztransaktionssteuer oder andere Modelle, die die Beziehungen von Finanz- und Realwirtschaft einhegen.

40 „Race to the bottom“: sog. „Abwärts-Wettlauf“

Chancen junger Menschen auf einem europäischen Markt und Arbeitsmarkt

Position

Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 war ein Ergebnis einseitiger Politik, die zwar auf freien Handel und freie Kapitalflüsse setzt, die es aber versäumt hat, angemessene Regularien hierfür zu schaffen oder sich frühzeitig über Verschuldungsprobleme Gedanken zu machen. Die Wirtschaft Europas erlebte einen so tiefen Einschnitt, dass bis heute Nachwirkungen auf den Arbeitsmarkt in Europa spürbar sind. Politik und die daraus resultierenden Probleme, wie etwa die in einigen EU-Ländern hohe Jugendarbeitslosigkeit, führen zu Vertrauensverlusten der europäischen Bürger:innen in die europäischen Institutionen. Hohe Arbeitslosigkeit und die Sparpolitik seitens der wohlfahrtsstaatlichen Strukturen treffen am stärksten die jungen Menschen in Europa. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in manchen Mitgliedsstaaten (2019: Griechenland 39,6%, Spanien 32,1%, Italien 28,9%), gehört immer noch zu den akuten sozialen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen für die Zukunft Europas und der europäischen Politik.

Gerade im Hinblick auf arbeitsmarktpolitische Aspekte hat sich die Europäische Union in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Wir erleben eine Verdichtung und Beschleunigung von Arbeitsprozessen bzw. -strukturen, sodass komplexere Tätigkeiten in immer geringer werdenden Zeiträumen erledigt werden sollen. Trotz der hohen Effizienz kommt es gerade in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer zunehmenden Konzentrierung von Einkommen und Vermögen.

Die Politik muss die Handlungsfähigkeit innerhalb der Wirtschaftsordnung zurückgewinnen und dort eingreifen, wo der Markt nicht funktioniert. Darüber hinaus gilt es, ein Wirtschaftsmodell zu entwickeln, welches die Fragen zukünftiger Herausforderungen und Entwicklungen beantwortet. Dieses muss sozial-ökologische Aspekte berücksichtigen und den Mensch in den Mittelpunkt rücken und ihm dienen. Es gilt, ein weltweites „Fairhandelsabkommen“ mit einer fairen Marktgestaltung zu entwickeln, das auch regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt. Die politische Idee der europäischen Einigung wurde mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft vor allem wirtschaftspolitisch umgesetzt. Wirtschaftliche Chancen und Chancengleichheit sind essentiell für ein gelingendes europäisches Miteinander und eine zufriedenstellende Zukunftsperspektive für junge Menschen. Demzufolge kann es ein gemeinsames Europa nur auf der Grundlage eines sozialen Europas geben. Durch Arbeitnehmer:innen-Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit für EU-Bürger:innen geht Europa schrittweise auf einen gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt zu. Eine große Herausforderung stellt die Mobilität von jungen Beschäftigten dar, die seit der Wirtschaftskrise immer bedeutender geworden ist. Viele gut ausgebildete Jugendliche haben in ihren Ländern keine berufliche Perspektive mehr und sind gezwungen, für einen adäquaten Arbeitsplatz in andere Länder zu ziehen und ihre Heimat zu verlassen. Gerade Arbeit dient heute als Lebens- und Teilhabegrundlage. Junge Menschen müssen diese Grundlage durch die arbeitsmarktpolitische Situation der EU jedoch entbehren.

Forderungen

Mobilität in Europa muss fair und gerecht gestaltet werden. Vor allem junge Menschen nutzen die Chancen, die mit der Arbeitnehmer:innen-Freizügigkeit verbunden sind. Die „Jugendgarantie“ muss zunächst für gute Beschäftigungsmöglichkeiten im jeweiligen Herkunftsland sorgen, sodass junge Menschen nicht aufgrund mangelnder beruflicher Perspektiven zum Wegzug in ein anderes Land gezwungen sind. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für eine gerechte EU-Freizügigkeit für junge Menschen und Arbeitnehmer:innen gewährleistet werden. Gerade junge Menschen wissen wenig über ihr Zielland und die dort herrschenden gesetzlichen Gegebenheiten. Manche Firmen nutzen diese Unwissenheit aus, um Regelungen zu umgehen, Profit mit Maßnahmen wie der Scheinselbständigkeit und Ich-AGs zu machen und sich nicht an die Bedingung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort zu halten.

In der Europäischen Union ist die Investition in gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung europaweit nötig, damit auch junge Menschen eine Zukunftsperspektive auf dem Arbeitsmarkt erlangen. Die „Jugendgarantie“ soll Jugendarbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsformen entgegenwirken, was in der Umsetzung bisher nur unzureichend gelungen ist. Es muss in die jungen Menschen investiert werden, da Gegenwart und Zukunft einer ganzen Generation in Europa davon betroffen sind. Jugendarbeitslosigkeit und aktuelle Beschäftigungsformen sind vielmehr ein strukturelles europäisches Problem, das mit nachhaltiger und sozial gerecht gestalteter Arbeitsmarktpolitik entschärft werden kann.

- Es ist eine nachhaltige, sozial-ökologisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik notwendig, die die Neustrukturierung des Finanzsektors im europäischen Rahmen sowie eine nachhaltige und krisenpräventive Banken- und Finanzregulierung verfolgt, um die Überschuldung zahlreicher Staaten oder privater Akteur:innen in einzelnen Mitgliedsstaaten zu bewältigen.
- Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa muss durch eine Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie für Jugendliche bekämpft werden. Die bereits initiierten und bereitgestellten Instrumente wie die „Jugendgarantie“ und Förderprogramme über den Europäischen Sozialfonds sollen auch tatsächlich genutzt werden, um lokale Lösungen zu finden.
- Ein Ende der prekären Beschäftigungsformen bedeutet auch „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Mobilität soll zu fairen Bedingungen stattfinden. Maßnahmen wie die Entsenderichtlinie müssen besseren Kontrollen unterzogen werden, im Zuge von verbindlichen europaweiten Standards für Mobilität und Beschäftigung, zum Beispiel durch die Pflicht zur Aufklärung über die jeweilige Arbeitsgesetzgebung im Zielland, um Ausbeutung vorzubeugen.
- Ein europäischer Mindestlohn ist erforderlich, um junge Menschen gesellschaftliche Teilhabe und eine Zukunftsperspektive zu bieten und gleichwertige Lebensverhältnisse für alle zu schaffen.

Die Lebensgrundlage heutiger und zukünftiger Generationen

Position

Umweltverschmutzung und Klimawandel machen nicht an nationalen Grenzen halt. Die EU zeigte hier, dass sie die Kompetenzen für sich in Anspruch nimmt, Umweltschutzaspekte und Klimaschutzpolitik aktiv auch in ihren Mitgliedstaaten zu beeinflussen. Für die Sicherung der Lebensgrundlage heutiger und zukünftiger Generationen durch Agrarpolitik, Umweltschutz und Klimaschutz ist die EU für junge Menschen ein zentraler Player geworden.

Das Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung steigt bei jungen Menschen in den letzten Jahren stetig. Aktuelle Entwicklungen, wie beispielsweise die „Fridays-for-Future“-Bewegung, Aktivitäten gegen Lebensmittelverschwendung und weitere, zeigen, dass sich Jugend insbesondere im Bereich Nachhaltigkeit international vernetzt und koordinierte Protestformen gefunden hat. Die EU muss nun zeigen, dass sie nicht nur die Kompetenz hat, ein wichtiger Partner für nachhaltige Entwicklung in den Mitgliedsstaaten und weltweit zu sein, sondern auch den Willen zur Veränderung und Gestaltung. Erste Schritte sind durch verschiedenste Beschlüsse und Maßnahmen bereits gemacht worden.

Die Klimakonferenz in Paris zeigte erneut, dass die Klimaschutzpolitik ein vergemeinschaftetes Politikfeld mit Schwerpunkt auf der Bekämpfung des Klimawandels sowie der Energiesolidarität – einer gemeinsamen Koordination energiepolitischer Maßnahmen – ist.

Die Auswirkungen der aktuellen Klimapolitik sind zum Teil heute schon zu spüren. Sicher ist, dass die nachfolgenden Generationen die Folgen des Klimawandels auch als Konsequenz aus dem Raubbau an der Natur, der Übernutzung der Ressourcen und der Vergiftung von Flora und Fauna tragen müssen. Deshalb hat sich der Bayerische Jugendring schon mehrfach für eine verantwortungsvolle Klimapolitik und erneuerbare Energien ausgesprochen⁴¹ und versteht den Schutz der zukünftigen Lebensgrundlage von Kindern und Jugendlichen als zentrale Aufgabe.

Im 7. Umweltaktionsprogramm der EU „Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“⁴² werden die Zielsetzungen der europäischen Umweltpolitik bis 2020 formuliert.

Zum Schutz, der Erhaltung und der Verbesserung des Naturkapitals der Union sind neben der Artenvielfalt auch die Ökosysteme in Bezug auf fruchtbare Böden, multifunktionale Wälder, ertragreiche Anbauflächen und Meeresgewässer, Süßwasser von hoher Qualität, saubere Luft, Bestäubung, Klimaregulierung und Schutz vor Naturkatastrophen relevant, da die Biodiversität zurückgeht und viele Ökosysteme bereits ernsthaft geschädigt sind. Viele Maßnahmen konnten allerdings aufgrund von nationalstaatlichen Zurückhaltungen oder wirtschaftlicher Einflussnahme noch nicht umgesetzt werden. Es braucht eine konsequente Fortschreibung des Umweltaktionsprogramms nach 2020, deren Ziele deutlich das bislang erreichte übertreffen.

In der Land- und Forstwirtschaft sollte die EU stärker mit konkreten Instrumenten einen nachhaltigen Umgang herbeiführen, um Übernutzung und Schädigungen von Boden, Luft und Wasser effektiv zu verringern. Eine tiefgreifende Reform der EU-Agrarsubventionen ist dringend geboten. Durch Steuerungsinstrumente soll Landwirtschaft insoweit umweltfreundlich gestaltet werden, als dass Monokulturen verringert werden, eine Einhaltung der Fruchtfolgen, die ökologische Bearbeitung von Böden, eine weitere Minimierung von Pestiziden und Insektiziden sowie eine deutlich verstärkte Ausweisung von Wildblumenwiesen zum Schutz der Bestäuber erfolgen können, und gleichzeitig durch geeignete Rahmenbedingungen die Existenzgrundlage der Landwirte gesichert ist. Dabei müssen die Anforderungen von kleinbäuerlichen Betrieben u. a. in den Bereichen der Flächennutzung, der Digitalisierung der landwirtschaftlichen Arbeit und der Tierhaltung verstärkt in den Blick genommen werden. Auch braucht es insbesondere für Kleinbauern eine vereinfachte Möglichkeit, um Fördergelder abzurufen.

⁴¹ Beschlüsse des 138. Hauptausschusses des Bayerischen Jugendrings (2011): „Atomausstieg jetzt!“, des 143. Hauptausschusses (2013): „Fracking verbieten“ und des 144. Hauptausschusses, (2014): „Frischer Wind für die Energiewende“.

⁴² Umweltaktionsprogramm der Europäischen Union (2013): <https://ec.europa.eu/environment/pubs/pdf/factsheets/7eap/de.pdf>

Das Ziel, bis 2050 keine Flächen mehr zu verbrauchen, muss früher angegangen und die Flächenversiegelung schon jetzt massiv reduziert werden. Außerdem müssen zum Schutz der Arten und Ökosysteme innerhalb der EU verstärkt Naturschutzgebiete ausgewiesen werden, um der Natur Raum zu bieten. Hier konnten z. B. durch das „Grüne Band“ schon einige Erfolge verzeichnet werden. Diese gilt es nun vor nationalen Interessen zu schützen und weiter auszubauen. Im Bereich des Meeresschutzes ist im Aktionsprogramm als Zielsetzung verankert, dass diese nur in dem Umfang genutzt werden dürfen, den sie verkraften können. Darüberhinausgehend müssen die Meere aber auch unabhängig vom ökonomischen Nutzen in den Bereichen Ernährung, Energieversorgung oder Transport als schützenswerte Ökosysteme erkannt und vor Verschmutzung (insbesondere durch Plastikmüll), Überfischung und Lärmemissionen geschützt werden. Bei all dem muss die EU sich ihrer Verantwortung stellen, die Lebensgrundlage der nicht-europäischen Nachbarländer zu erhalten. Es gilt hier, die EU-Agrarpolitik und -Klimaschutzpolitik auf ihre Auswirkungen hin zu überprüfen und insbesondere auch ihre Auswirkungen im globalen Süden zu reduzieren.

In Bezug auf den Übergang der Union zu einer ressourceneffizienten, umweltschonenden und wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaftsweise muss zusätzlich zu der nachhaltigen Betrachtung eine speziell ökologische sichergestellt werden. Des Weiteren darf sich Klimaschutzpolitik im Bereich der Energiewirtschaft nicht im CO₂-Emissionshandel verstecken, da dieses Instrument kontraproduktiv ist und mehr zu einer Verschiebung als zu einer definitiven Verringerung von Emissionen führt. Die Einführung einer CO₂-Steuer erscheint hier als ein adäquateres Mittel. Im Spannungsfeld zwischen Energieversorgungssicherheit, Technologie und Ökologie muss die EU den Rahmen durch gesetzliche Regelungen und monetäre Anreize schaffen, dass auch die Energieversorger den Wandel zu regenerativen Energien vollziehen und damit den Klimaschutz in größerem Maße fördern können. Der Ausstieg aus Kohleverstromung und Atomkraft muss ein europäisches Projekt werden. Wir setzen uns außerdem für kleine, dezentrale und innovative technische Lösungen zur nachhaltigen Energieversorgung und -nutzung ein. Im Bereich Nahrungsmittel und Transport muss es mittels Steuerungsinstrumenten zu ei-

ner Vermeidung unnötiger Transportwege und Unterstützung regionalen Wirtschaftens kommen, um Ressourcenverschwendung durch Treibstoffverbrauch zu verringern. Hierbei ist auch die Abfallvermeidung in Bezug auf Nahrungsmittelverschwendung durch eine aktive Steuerung der EU möglich. Es braucht des Weiteren Vorschriften für ein ressourcenarmes Verpacken von Lebensmitteln, um möglichst wenig Abfall zu produzieren. Außerdem sollte ebenfalls durch Steuerungsinstrumente, wie stärkere Kontrollen und Verbote von geplanter Obsoleszenz⁴³ ein Bewusstseinswandel im Bereich Konsum herbeigeführt werden, wobei die Qualität gegenüber der Quantität an Verbrauchsgütern wieder überwiegen muss.

Das zentrale Ziel zum Schutz der Unionsbürger:innen vor umweltbedingten Belastungen, Gesundheitsrisiken und Risiken für die Lebensqualität ist der Schutz vor Lärm und Luftverschmutzung sowie Zugang zu ausreichend sauberem Wasser innerhalb der EU. Dieses Ziel muss sofort, nicht mittelfristig, umgesetzt werden. Im Bereich Technik und Forschung darf die Suche nach alternativen Energieträgern nicht dazu führen, Gefahren für Umwelt und Gesundheit einzugehen. Auf Atomenergie und die Förderung von Schiefergas („Fracking“) muss unbedingt verzichtet werden.⁴⁴

Zur Maximierung der Vorteile aus dem Umweltrecht der Union durch verbesserte Umsetzung sind vor allem Kontrollen der bestehenden Verordnungen wichtig, um das Umweltrecht der EU handlungsfähig und glaubwürdig zu machen sowie das Vertrauen der Mitgliedstaaten und der Bevölkerung in das EU-Umweltrecht⁴⁵ zu stärken.

43 Geplante Obsoleszenz meint die gezielte und beabsichtigte Verkürzung der Lebensdauer von Produkten durch die Hersteller.

44 Beschluss des 143. Hauptausschusses des Bayerischen Jugendrings (2013): „Fracking verbieten“.

45 Wie EU-Umweltrecht funktioniert:
https://ec.europa.eu/environment/efe/environmental-law_de

In Bezug auf die Verbesserung der Wissens- und Faktengrundlage für die Umweltpolitik der EU, in der Wissenschaft und Forschung verstärkt unterstützt werden sollen, muss früh angesetzt werden und die Bildung für nachhaltige Entwicklung weiterhin stark gefördert werden. Hierfür muss das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der UNESCO auch weiterhin von der EU aktiv gefördert und umgesetzt werden. Durch die hohe Internationalität des Themas muss die EU hier ihre Vorreiterrolle für ihre Mitgliedstaaten erkennen und sich aktiv weiter einbringen. Neben dem klaren Bekenntnis zu den Sustainable Development Goals braucht es eine vermehrte Förderung zur Umsetzung dieser im Bereich von Bildungsmaßnahmen. Jugendarbeit kann und möchte hier eine entscheidende Rolle spielen. Die Förderung muss an die Bedürfnisse der Jugendarbeit angepasst werden.

Bei der Sicherung von Investitionen für Umwelt- und Klimapolitik und der Berücksichtigung von externen Umweltkosten ist es wichtig, dass nicht in erster Linie auf die Kostengünstigkeit der Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen geachtet, sondern bei Notwendigkeit auch unabhängig von wirtschaftlichen Interessen gehandelt wird. Um eine handlungsfähige Umweltpolitik zu gewährleisten, weisen wir bei dem Vorhaben zur Verbesserung der Einbeziehung von Umweltbelangen und der Politikkohärenz darauf hin, gemeinsame Klimaschutzanstrengungen der Mitgliedstaaten im interdisziplinären Diskurs zu behandeln.

Zur Förderung der Nachhaltigkeit der Städte innerhalb der EU kann die Jugend und die Jugendarbeit mit nachhaltigen Konzepten, wie zum Beispiel Urban Gardening, dazu beitragen, Städte zu nutzen, um nachhaltige Lebensräume zu schaffen. Diese Entwicklungen müssen unbedingt mit Subventionen, Anreizen und dem Abbau bürokratischer Hürden unterstützt werden.

In Bezug auf die Verbesserung der Fähigkeit der EU, wirksam auf internationale Umwelt- und Klimaprobleme einzugehen, muss sich die EU dringend ihrer Verantwortung gegenüber anderen Teilen der Welt, die durch ihr Verhalten beeinträchtigt werden, bewusst sein und ihre Klimaschutzbemühungen nicht nur nach innen, sondern auch auf den Rest der Welt ausweiten.

Forderungen

- ✚ Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutz müssen vor wirtschaftlichen Interessen stehen, um den Schutz der Lebensgrundlagen der nachfolgenden Generationen zu sichern. Dementsprechend muss die Förderung schädlicher oder gefährlicher Technologien und Praktiken eingestellt werden. Übermäßige Bürokratie darf die Förderung kleiner Projekte, wie zum Beispiel kleiner Klimainitiativen nicht behindern. Jedwede Maßnahmen und Förderungen müssen auf ihre sozial-ökologischen Auswirkungen, nicht nur in Europa, sondern weltweit, geprüft und verbessert werden.
- ✚ Die Förderung von Projekten und Bildungsmaßnahmen im formalen und non-formalen Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist zu stärken, um es Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, die Gestaltungskompetenzen für einen sozial-ökologischen Wandel und Handlungsfähigkeit zu erwerben.
- ✚ Die externen Kosten in Produkten müssen internalisiert werden. Das EU-Umweltrecht muss durch effektive Anreizsysteme und wirksame Kontrollmechanismen für bestehende Verordnungen glaubwürdig und handlungsfähig sein.
- ✚ Um die Lebensgrundlage zu erhalten, fordern wir eine Abkehr vom quantitativen Wirtschaftswachstum hin zu einem qualitativen Wirtschaftswachstum. Die EU braucht hierzu auch ein klares Bekenntnis nicht nur zur Ressourceneffizienz, sondern vor allem zur Ressourcensuffizienz.
- ✚ Im Bereich der umwelt- und klimarelevanten Themen bedarf es eines interdisziplinären Diskurses. Globale Perspektiven und eine globale Verantwortlichkeit sind dabei unerlässlich.

Jugendarbeit in einer internationalisierten Lebenswelt

Position

Internationale Jugendarbeit ist eine wichtige Säule der Jugendarbeit. Sie dient der Persönlichkeitsentwicklung, der politischen Bildung und fördert in erheblichem Maße den Aufbau von Zivilgesellschaft. Im Folgenden wird der Fokus auf die europäische Dimension gelegt. Die heute aufwachsende junge Generation hat lange Zeit ein lebendiges Europa ohne Grenzen erlebt und dies als selbstverständlich wahrgenommen. In internationalen Projekten der Jugendarbeit und im EU-geförderten Auslandsaufenthalt im Rahmen der schulischen Laufbahn machen junge Menschen eine weitgehend positiv empfundene Lebens- und Lernerfahrung. Die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen erlebt den Austausch und die Begegnung mit jungen Menschen aus dem Ausland als bereichernd und hilfreich für ihr Aufwachsen. Gleichzeitig steht diese Erfahrung noch nicht allen jungen Menschen im gleichen Maße offen. Noch immer werden diese Angebote überwiegend von höheren Bildungsschichten in Anspruch genommen.⁴⁶

Gerade auch in den jugendlichen Protestbewegungen, wie etwa „Fridays-for-Future“, ist immer eine multilateralistische Sicht auf die angestrebten Lösungen selbstverständlich, und sie sind europaweit vernetzt. Viele junge Menschen fühlen sich von den Institutionen der EU oder den einzelnen Nationalstaaten der Gemeinschaft nicht ausreichend repräsentiert. Sie werden als fern der eigenen Lebensrealität wahrgenommen. Es muss somit auch Aufgabe der Jugendarbeit sein, das „gemeinsame Haus Europa“ mitzugestalten – zwischenmenschlich, aber auch politisch. Zur Internationalisierung der Jugendarbeit gibt es kaum eine Alternative. Der Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft ist erklärtes Ziel der Europäischen Union, die internationale Jugendarbeit hat hier einen großen Teil beizutragen. Bereits in der Vergangenheit waren Jugendbewegungen und Jugendorganisationen ein wichtiger Teil europäischer Einigung. Die Gründung des Deutsch-Französischen und des Deutsch-Polnischen Jugendwerks waren dabei Meilensteine der Versöhnung und Integration auf dem europäischen Kontinent. Bis heute gibt es viele erfolgreiche europäische Projekte der internationalen Jugendarbeit, die nachhaltig das Bild junger Menschen von Europa und der Welt prägen – eine globalisierte, paneuropäische Lebenswelt.

Jugendarbeit muss sich internationalisieren, um der heutigen Lebenswelt junger Menschen Rechnung zu tragen und ein tragfähiges Europa mitzugestalten. Die Internationalisierung soll auch als Einladung an die jeweiligen Verantwortlichen in der Jugendarbeit verstanden werden, sich als Teil der Umsetzung einer EU-Jugendstrategie zu sehen und den dadurch gewonnenen politischen Rückenwind für deren Weiterentwicklung zu nutzen.

Ziel muss es sein, allen jungen Menschen – insbesondere benachteiligten jungen Menschen – grenzüberschreitende außerschulische Lernerfahrungen zu ermöglichen. Diese Lernerfahrungen können sowohl in der Gruppe stattfinden, wie etwa bei internationalen Jugendbegegnungen, als auch individuell, wie zum Beispiel bei der Lernmobilität für Einzelpersonen in den EU-Jugendprogramm Erasmus+ und Europäischen Solidaritätskorps mit ihren verschiedenen Ausprägungen und Zielgruppen.

Haupt- und ehrenamtlichen Fachkräften kommt eine Schlüsselrolle bei der Konzeptionierung und Organisation von Auslandsaufenthalten für junge Menschen zu. Dazu brauchen sie selbst Qualifizierungen, um qualitativ hochwertige Programme erstellen zu können. Ziel sollte es sein, Fachkräften im Sinne eines zunehmend europa-bezogenen Denkens die Möglichkeit zu Fort- und Weiterbildungen zu eröffnen. Im Sinne einer europäischen Identität oder europäischen Haltung soll dabei das Bewusstsein für multilaterale Ideen und Lösungen gestärkt werden.

Ein weiteres Ziel muss es sein, Netzwerke aufzubauen, in welchen Personen und Institutionen aus verschiedenen Ländern dauerhaft zusammenarbeiten. Dies würde zum einen der Qualitätssicherung bei der Planung und Organisation entsprechender Formate dienen. Zum anderen würde dies zur dauerhaften Stärkung der europäischen (Verbands-)Ebenen der Jugendverbände beitragen. Diese selbstorganisierte junge Zivilgesellschaft darf nicht durch fehlende Fördermittel bzw. reine Projektförderung gefährdet werden. So würde auch sichergestellt, dass junge Menschen ihre eigenen Interessen selbst auf europäischer Ebene besser vertreten können. Ebenso wäre gewährleistet, dass eine europäische/multilateralistische Sicht ein noch selbstverständlicherer Teil der Jugendverbandsarbeit auf allen Ebenen und damit auch vor Ort wird.

⁴⁶ vgl. Becker / Timmel (Hrsg.): „Die Zugangsstudie zum internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren“, Frankfurt a. M. 2019.

Das sogenannte Peer Learning – Voneinander-Lernen – muss in der Kinder- und Jugendarbeit auch auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Ziel ist ein kontinuierlicher Fachaustausch über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Alle Formen des gegenseitigen Lernens, wie zum Beispiel Fachkräftereisen, europäische Fachkonferenzen, internationale Studientagungen, themenbezogene Studienreisen und der Austausch von Fachkräften bergen die Chance, die Professionalität der eigenen Arbeit vor Ort weiter zu erhöhen.

Europäische Debatten müssen Eingang in die jugendpolitische Diskussion auf allen Ebenen finden. Europäisch zu denken, bedeutet, innerhalb der Jugendpolitik europäische Politik und Sichtweisen verstärkt in die jugendpolitische Debatte hierzulande einzubringen. Umgekehrt sollten aber auch nationale Impulse, Erfahrungen und Entwicklungen auf europäischer Ebene weitergegeben werden, um dort die Fachdebatte zu ergänzen sowie den rechtlichen und finanziellen Entscheidungen fachliche Begründungen zu liefern. Der fachliche Austausch zwischen den Mitgliedsstaaten – bilateral und multilateral – ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Forderungen

- ✚ Internationale Jugendarbeit hat eine hohe kulturelle, politische und soziale Relevanz. Sie dient der politischen Bildung, der Persönlichkeitsentwicklung und trägt zur Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft bei. Daher bedarf es einer Erhöhung des gesamten Fördervolumens für internationale Jugendarbeit sowie der politischen Unterstützung – auch in den Mitgliedsstaaten.
- ✚ Es bedarf einer Anschubfinanzierung sowie einer dauerhaften Regelfinanzierung für internationale und europäische Verbandsebenen der Jugendverbandsarbeit durch die EU. Gerade internationale Jugendarbeit kann nicht allein über Projektförderung finanziert werden, sondern benötigt mehrjährige Strukturförderung, welche Jugendarbeitsstrukturen und die europäische Vernetzung nachhaltig sichern. Dies ermöglicht die Europäisierung jugendpolitischer Debatten auf nationaler und örtlicher Ebene, ebenso wie die Orientierung der europäischen Fachdebatte an den regionalen Bedarfen.
- ✚ Der Ausbau und die Regelfinanzierung der Angebote zu Fort- und Weiterbildungen für ehrenamtliche sowie hauptberufliche Fachkräfte der Jugendarbeit ist dringend zu gewährleisten. Dies ermöglicht peer-learning, Fachaustausch und den Transfer europäischer Debatten auf die verschiedenen Ebenen der Jugendarbeit.

Jugend und Digitalisierung

Die politische und soziale Teilhabe junger Menschen sind zentrale Handlungsfelder der Jugendarbeit. Unser Selbstverständnis basiert auf Freiwilligkeit, Selbstorganisation und Beteiligung. Jugendarbeit gibt jungen Menschen somit den politischen und kreativen Raum, um Demokratie zu ergreifen und zu leben. Junge Menschen wollen die Gesellschaft politisch gestalten. Dies gilt auch und insbesondere für den digitalen Raum. Die Debatte um die Urheberrechtsreform Anfang 2018 hat gezeigt, dass junge Menschen das politische Geschehen aufmerksam verfolgen und bereit sind, für ihre Interessen einzustehen. Innerhalb kurzer Zeit wurden Millionen Unterschriften gesammelt, Demonstrationen gegen Art. 17 (vormals Art. 13) organisiert und wichtige Diskussionen geführt. Für viele junge Menschen erscheint die Urheberrechtsreform als Rückschlag für das freie Netz und ein Signal, dass ihre Meinung nicht gehört und ihre Interessen in diesem politischen Handlungsfeld nicht vertreten werden. Nach dieser Auseinandersetzung blieben viele (junge) Menschen resigniert zurück, denen viel am freien Meinungs-austausch im Netz liegt und die sich andere Lösungswege in der Reform gewünscht hätten. Junge Menschen fühlen sich in einem für sie mithin zentralen Bereich ihrer Lebenswelt in politischen Diskussionen und der politischen Meinungsbildung nicht ausreichend ernstgenommen.

Da Estland und Finnland Vorreiter in Sachen Digitalisierung sind, haben die Ratspräsidenten beider Länder 2017 und 2019 das Thema Digitalisierung an prominenter Stelle auf die Tagesordnung der Europapolitik gehoben. Unter der estnischen Ratspräsidentin wurde erstmals auch Digital Youth Work bzw. Smart Youth Work thematisiert.⁴⁷ Hierzu arbeitete eine Expert:innen-Gruppe im „European Union Work Plan for Youth 2016–2018“ zu Implikationen und Empfehlungen der Digitalisierung für Jugend, Jugendarbeit und Jugendpolitik.⁴⁸ Diese wurden im Ratsbeschluss zu „smart youth work“ (2017/C 418/02) aufgegriffen. Erst im Herbst 2019 wurden darüber hinaus auch „European Guidelines for Digital Youth Work“ veröffentlicht, die vor allem Organisationen und Fachkräfte in der Jugendarbeit adressieren.⁴⁹

Tatsächlich gibt es in der Umsetzung von Digital Youth Work und Smart Youth Work einen „Digital Divide“ zu beobachten. So unterschiedlich Digitalisierung in den Mitgliedstaaten fortgeschritten ist, so unterschiedlich sieht es in der Jugendarbeit auch innerhalb der einzelnen Länder aus: Während Teile der Jugendarbeit selbstverständlich Medien in ihren Alltag integrieren, gibt es in anderen Teilen abwehrende Haltungen zu beobachten bis dahin, dass Jugendarbeit als Alternative zu Medien gesehen wird.

Position

Digitale Medien sind ein selbstverständlicher Bestandteil im Leben junger Menschen. Digitalisierung erfordert nicht nur einen Wandel in unserer pädagogischen Praxis. Vielmehr muss der digitale Wandel auch in unserer politischen Agenda und unseren politischen Forderungen sichtbar werden. Zeitgleich müssen demokratische Grundwerte auch im digitalen Raum gelten. Dies impliziert immer wieder, die Grundrechte von Meinungsfreiheit, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf die neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Denn Ziel muss sein, die bürgerlichen Rechte zu wahren.

Medienkompetenz bedeutet über die sachkundige Nutzung von Medien hinaus auch die Fähigkeit, eigene Positionen auch im Diskurs im Netz einzubringen. Gemeint ist also ein breites Spektrum: sich der Nutzung der Daten bewusst zu sein, gegen Hetze im Netz agieren zu können, sich trotz der Gefahr der verdeckten Manipulation mithilfe missbräuchlicher Datenauswertungen eine eigene Meinung bilden zu können. Es ist ein Irrglaube, dass sich junge Menschen einen rechtsfreien Online-Raum wünschen. Vielmehr äußern sie, dass sie auch im Web durch einen modernen und funktionierenden Jugendmedienschutz geschützt werden wollen. Junge Menschen wollen eine demokratische Medienlandschaft. Sie wünschen sich eine Lösung, die die Herausforderung zwischen Bürgerrechten im Netz und Schutz des Einzelnen meistert.

Junge Menschen wollen mitgestalten und Impulse geben. Die Debatte um den Art. 13 bzw. 17 der Urheberrechtsreform hat gezeigt, dass die Initiativen und Interessen junger Menschen nicht in den Gesetzesprozess eingeflossen sind. Digitalisierung erfordert, Jugend und Netzpolitik als gemeinsames Handlungsfeld zu denken.

47 „Digital Youth Work“ bedeutet, proaktiv Medien und Technologie in der täglichen Jugendarbeit zu gebrauchen. „Smart Youth Work“ bedeutet, neue Medien intensiv in Feldern der Jugendarbeit zu nutzen und Innovationen zu schaffen, um mehr junge Menschen zu erreichen.

48 <https://publications.europa.eu/s/fouj>

49 www.digitalyouthwork.eu/guidelines/

Forderungen

- …➤ Der Bayerische Jugendring fordert die demokratische Gestaltung des digitalen öffentlichen Raums insbesondere im Hinblick auf die Interessen von jungen Menschen. Es bedarf einer jugendgerechten Gestaltung der Digitalisierung und Netzpolitik: Das Leben junger Menschen findet on- und offline statt. Diese Lebensräume gilt es anzuerkennen. Nur eine Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen im Netz kann eine jugendgerechte Netzpolitik hervorbringen.
- …➤ Eine bessere Einbindung junger Menschen in politische Entscheidungsprozesse, die über Jugend- und Netzpolitik entscheiden, ist zwingend erforderlich.
- …➤ Um für junge Menschen die Zugangsgerechtigkeit zu erhöhen, müssen die Chancen digitaler Beteiligung genutzt werden und jungen Menschen europaweit digitale Möglichkeiten zu Beteiligung und Engagement eingeräumt werden.⁵⁰
- …➤ Unterstützt werden muss die Weiterentwicklung von Aus- und Fortbildungsformaten für Freiwillige und Fachkräfte der Jugendarbeit, damit diese auf die Digitalisierung durch bedarfsgerechte Angebote reagieren können. Wichtig ist dabei die Ermöglichung des Austauschs guter Praktiken der digitalen Jugendarbeit in ganz Europa, um eine Vernetzung, eine verbesserte Praxis und Innovation innerhalb der europäischen Jugendarbeitsgemeinschaft zu ermöglichen.
- …➤ Es bedarf einer Sensibilisierung für digitale Jugendarbeit bei politischen Entscheidungsträger:innen und Förderer:innen. Bei politischen Entscheidungen und Ressourcenverteilung gilt: Bildung ist mehr als Schule! Jugendarbeit ist auch im Bereich Digitalisierung ein wichtiger Partner im Bereich außerschulische Bildung.

50 „Digitale Jugendbeteiligung hat ganz wörtlich zwei wesentliche Eigenschaften. Zunächst handelt es sich um die Beteiligung Jugendlicher an Entscheidungen in der ganzen Bandbreite (politischer) Bereiche: von der Gestaltung einer konkreten städtischen Brachfläche bis hin zu Vorschlägen zur Verbesserung des gesellschaftlichen Miteinanders. Denn Jugendliche wollen sowohl bei Fragen mitreden, die ganz direkt mit ihrem Alltag zu tun haben, als auch bei denen, die sie abstrakter, aber als Teil der Gesellschaft betreffen. Je nach Fragestellung gibt es verschiedene Stufen der Partizipation: von der Anhörung bis zur Mitbestimmung einer Agenda oder bei Entscheidungen. Die zweite wichtige Eigenschaft ist, dass digitale Jugendbeteiligung im Unterschied zu klassischen Formen der Beteiligung auf elektronische Medien zurückgreift und von diesen unterstützt wird. Das heißt, eine politische Teilhabe, bei der Jugendliche elektronische Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen; diese umfassen sowohl online-gestützte Tools (ePartizipation) als auch die Beteiligung mit Hilfe von digital erstelltem Video- und Audiomaterial.“ (<https://jugend.beteiligen.jetzt/digitale-partizipation/digitale-jugendbeteiligung>)

Teilhabe junger Menschen mit Behinderung

Die Vereinten Nationen haben 2006 das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen⁵¹ (UN-BRK) verabschiedet, und das Recht auf Teilhabe wurde von einem Großteil der EU-Mitgliedstaaten 2007 unterschrieben. 2007 hat die Europäische Gemeinschaft die UN-BRK unterzeichnet und hat damit erstmals einen menschenrechtlichen Vertrag ratifiziert. Zur Umsetzung der UN-BRK auf europäischer Ebene⁵², wie zum Beispiel durch den europäischen Rechtsakts zur Barrierefreiheit⁵³, wird die EU den Vereinten Nationen ihren nächsten Zwischenbericht im Januar 2021 vorlegen.

Position

Trotz der Unterzeichnung der sogenannten Behindertenrechtskonvention gibt es für junge Menschen mit Behinderung noch Barrieren und Zugangsschwierigkeiten. Auch die Jugendarbeit trägt dabei eine Verantwortung, sich mit der Lebenssituation junger Menschen mit Behinderung und junger Menschen, die von Behinderung bedroht sind, auseinanderzusetzen.⁵⁴ Alle jungen Menschen haben die gleichen Rechte und Pflichten und brauchen die gleichen Chancen und Möglichkeiten und vor allem Zugänge zu Freizeitangeboten. Junge Menschen mit Behinderungen benötigen oft spezifische Unterstützung, die ihre besonderen Bedürfnisse adressieren. Über die gleichberechtigte Teilhabe hinaus geht es um das Recht auf selbstbestimmtes Leben und Mitbestimmung in allen Belangen. In diesem Sinne sind alle Strukturen und Konzepte so anzulegen, dass Teilhabe für alle von Anfang an möglich ist.

Menschen mit Behinderungen brauchen mehr transparente und barrierefreie Zugänge zu Informationen, insbesondere im digitalen Bereich sowie Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Mobilität europaweit. Ein weiteres Themenfeld ist der Zugang zu Bildung

(z. B. Universitäten) und gesellschaftlicher Mitgestaltung. Menschen mit Behinderungen brauchen verbindliche Standards und deren Umsetzung. Angebote müssen so gestaltet werden, dass junge Menschen mit oder ohne Behinderung nach Interesse entscheiden können und nicht nach Barrieren entscheiden müssen. Ganz wichtig ist es, junge Menschen mit Behinderungen von Anfang an bei Planungen und Konzepten zu beteiligen, entsprechende (Selbst-)Organisationen mit ihrer Expertise einzubeziehen und mit ihnen zu kooperieren. Menschen mit und ohne Behinderungen brauchen mehr Möglichkeiten der Begegnung und der gemeinsamen Gestaltung von Freizeit, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft. Partizipation darf auch europaweit nicht davon abhängig sein, wie viel Assistenzleistung der Einzelne sich leisten kann. So braucht es europaweit Standards und Konzepte für die Assistenz- und Mehrkostenfrage, nicht nur für schulische und berufliche Angelegenheiten, sondern auch für ehrenamtliches Engagement von jungen Menschen mit Behinderungen.

Wichtig im Sinne der Teilhabe ist auch ein gleichberechtigter Zugang zu europäischen Austauschprogrammen und Jugendbegegnungen, z. B. innerhalb des Europäischen Solidaritätskorps und Erasmus+. Neben der barrierefreien Teilnahme müssen auch die Veranstalter:innen internationaler Maßnahmen in die Lage versetzt werden, inklusive Angebote durchführen zu können. Damit dies möglich ist, müssen Förderungen so aufgebaut werden, dass Mehrkosten des Trägers, die durch eine offene Ausschreibung für alle entstehen, gedeckt sind. Das bedeutet, dass er nicht zur Antragstellung schon genaue Angaben machen muss bezüglich der Anzahl der Teilnehmer:innen mit Behinderungen und deren Unterstützungsbedarf.

Für die Herstellung von Barrierefreiheit und Assistenzleistungen bedarf es Fördergelder zum Decken der entstehenden Mehrkosten für Veranstalter:innen und deren Antragsteller:innen. Außerdem müssen Förderprogramme so aufgelegt werden, dass sie bei nationalen Projekten anregen, die Mitbestimmung junger Menschen mit Behinderung in den Fokus zu stellen. Es ist stets darauf zu achten, dass europaweite Standards zur Barrierefreiheit gesetzt werden. Die Maßnahmen aus dem Aktionsplan der Europäischen Kommission zur Umsetzung der UN-BRK müssen sich auch in der Position Teilhabe junger

51 Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD)

52 Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020: „Erneueres Engagement für ein barrierefreies Europa“ (2010)

53 European accessibility ac (2017): www.ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1202&langId=de

54 Beschluss des 146. Hauptausschuss des Bayerischen Jugendrings: „Vielfalt mit Stärken“

Menschen mit Behinderung widerspiegeln. Besonders relevante Bereiche sind Wohnen, Arbeit, Mobilität, Bildung und Freizeit. Die Strategie des Europarats für Menschen mit Behinderung (2007–2023) verdeutlicht die dringende Umsetzung von Gleichheit und Nichtdiskriminierung, der Bewusstseinsbildung, der Umsetzung der Barrierefreiheit, die Anerkennung vor dem Recht und ebenso die Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch.

Darüber hinaus benötigt es auch hinsichtlich der Kommunikation und Digitalisierung europaweite Standards und geltende Richtlinien in Bezug auf öffentlichen Personennah- und Fernverkehr, sodass auch hier Menschen mit Behinderung der volle Zugang zu allen Leistungen offensteht. Eine inklusive Sozialpolitik fördert und unterstützt die Teilhabe am öffentlichen Leben.

Menschen mit Behinderungen sind Expert:innen in eigener Sache und es gilt, sie ganz nach dem Motto des European Disability Forums „Nothing about us without us“ einzubinden. Es gilt, ihre Meinung stets aufzugreifen und europaweit junge Menschen mit Behinderungen an Planungen, die sie betreffen, zu beteiligen. Im Zuge dessen gilt es zudem, junge Menschen mit und ohne Behinderung europaweit zu vernetzen, um auf die jeweiligen Bedürfnisse aufmerksam zu machen. Anzustreben ist eine Kooperation und der Wissenstransfer mit Trägern aus der Selbsthilfe- und Behindertenarbeit. Durch regelmäßige Berichte und Vergleichsstudien zur Situation junger Menschen mit Behinderung, unter Einbezug derselben, werden deren Bedürfnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Veröffentlichte und europaweit kommunizierte Best-Practice-Beispiele geben den europäischen Ländern in Kombination mit entsprechenden Förderkriterien Anreize, die Empfehlungen und Beschlüsse im Hinblick auf junge Menschen mit Behinderung umzusetzen.

Forderungen

- ✚ Die Mitgliedstaaten der EU sind deshalb aufgefordert zu gewährleisten, dass sämtliche Zugangsbarrieren abgebaut werden. Hierzu gilt es nicht nur bauliche Barrierefreiheit zu gewährleisten, sondern auch kommunikative und digitale Zugänge zu schaffen. Informationen müssen so gestaltet werden, dass diese für alle zugänglich und verständlich sind.
- ✚ Spezielle EU-Förderprogramme auflegen, die die Mehrkosten für die Herstellung von Barrierefreiheit decken und die Mitbestimmung von jungen Menschen mit Behinderungen gewährleisten.
- ✚ Die Förderung und Unterstützung der Teilhabe junger Menschen mit Behinderung am öffentlichen Leben und europaweite Standards zur Barrierefreiheit in sämtlichen relevanten Bereichen sind dringend erforderlich.
- ✚ Wichtig ist die europaweite Vernetzung junger Menschen mit und ohne Behinderungen und die Sichtbarmachung ihrer Anliegen. Um Inklusion effektiv zu gestalten ist es wichtig, die Beteiligten in die entsprechenden Prozesse einzubinden.

Mädchen und Frauen in Europa

Frauen sind im Europaparlament unterrepräsentiert: Auch wenn der Frauenanteil im Europaparlament stetig wächst, liegt er dennoch bei nur knapp 40%. Von den 98 Abgeordneten aus Deutschland, die im Mai 2019 in das Europäische Parlament einzogen sind, sind nur 37 weiblich.⁵⁵ Und von diesen sind nur 4% unter 29 Jahren alt. Somit sind knapp 4% der deutschen Abgeordneten jung und weiblich – vertreten aber ca. 14,5%⁵⁶ der unter 30-jährigen Frauen in Deutschland.

Frauen sind auch in Führungspositionen unterrepräsentiert: Obwohl zahlenmäßig mehr Frauen als Männer in der EU leben und sie 60% der Hochschulabsolvent:innen stellen, sind Frauen in Führungspositionen, egal ob politisch oder wirtschaftlich, weniger häufig vertreten.⁵⁷ Hinzu kommt, dass Mädchen und Frauen ca. 16%⁵⁸ weniger verdienen, häufiger in Teilzeit beschäftigt sind und dies auch mit dazu beiträgt, dass sie weniger Rente erhalten. Bei einer Fortsetzung dieser Tendenz kann eine Gleichstellung in der Entlohnung erst bis 2084 erreicht werden.

Zur existentiellen und wirtschaftlichen Benachteiligung, die Mädchen und Frauen betrifft, kommt hinzu, dass sie überproportional geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind: Jede dritte Europäerin hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren.⁵⁹ Vor dem 15. Lebensjahr hat circa jedes siebte Mädchen in Europa körperlichen Missbrauch durch eine erwachsene Person erfahren. Davon fällt ca. ein Drittel der Vorfälle unter sexuellen Missbrauch.⁶⁰ Zudem hat über ein Drittel der europäischen Frauen schon psychische Gewalt durch den Partner erfahren. Nur wenige dieser Gewalterfahrungen werden behördlich gemeldet.

Geschlechtsspezifische Gewalt wird in Europa politisch unzureichend öffentlich debattiert und somit ist eine gesellschaftliche Sensibilisierung für dieses Thema nicht bzw. ungenügend vorhanden. Genauso verhält es sich mit dem Thema Menschenhandel, insbesondere der sexuellen Ausbeutung. Allein zwischen 2013 und 2014 wurden laut einem Bericht der Europäischen Kommission 15.846 registrierte, identifizierte und mutmaßliche Opfer von Menschenhandel von den EU-Mitgliedstaaten gezählt. 76% der Opfer waren Frauen und Mädchen. Die Dunkelziffer könnte jedoch noch weitaus höher liegen.⁶¹

Position

„Förderung der gleichen wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen und Männern, vollständiger Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, Förderung des Gleichgewichts zwischen den Geschlechtern bei der Entscheidungsfindung, Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt und Förderung der Geschlechtergleichstellung außerhalb der EU8“⁶² sind Forderungen der Europäischen Kommission, welchen der BJR zustimmt. Zudem hat sich die Europäische Union bereits 1999 dem Prinzip von Gender Mainstreaming auf allen Ebenen verpflichtet. Sowohl auf den Ebenen der EU-Verwaltung als auch in den Mitgliedsstaaten sind gezielte Maßnahme zur Umsetzung dieser Forderungen und Verpflichtungen nötig. Die Sensibilisierung der Gesellschaft für das Thema Geschlechtergerechtigkeit ist dabei von zentraler Bedeutung. Das europäische Parlament muss eine Gleichstellung der Geschlechter und eine Geschlechterparität in allen Bereichen aktiv fordern und fördern.

55 www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20190226STO28804/frauen-im-europaischen-parlament-infografik und www.sueddeutsche.de/politik/europawahl-deutschland-eu-abgeordnete-mdep-grafiken-1.4464716

56 statistisches Bundesamt Stand: 29.6.2019 und 9.5.2011

57 www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20150306IPR31740/noch-ein-weiter-weg-bis-zur-gleichberechtigung-von-frauen-und-mannern

58 www.ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8718277/3-07032018-BP-DE.pdf/4e1351ed-c798-4bc8-90dc-b15897fcd9df

59 <https://op.europa.eu/webpub/com/factsheets/women/de/>

60 https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2014-vaw-survey-at-a-glance-oct14_de.pdf

61 www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20171012STO85932/menschenhandel-fast-16-000-opfer-in-der-eu

62 www.ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality

Des Weiteren fordern wir die Ratifizierung der Istanbul-Konvention⁶³ von allen EU-Staaten, damit diese als geltendes Recht in den Staaten umgesetzt wird. Die Konvention ist als das erste völkerrechtlich verbindliche Instrument im europäischen Raum zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen essenziell.

Der BJR setzt sich für eine gleichberechtigte Teilhabe und für ein Europa ein, in dem das Recht diese Teilhabe unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Gesundheit, Religion und sexueller Orientierung selbstverständlich ist. Dies bedeutet, dass alle jungen Menschen Zugriff auf Ressourcen wie soziale Absicherung und Bildungs- und Freizeitangebote haben und in gesellschaftliche Prozesse eingebunden sind. Unsere Vision ist eine europäische Gesellschaft, die alle gestalten und die für alle gestaltet wird.

Forderungen

- Es bedarf weiterhin noch stärker der Sensibilisierung der Gesellschaft zum Thema Geschlechtergerechtigkeit, der konsequenten Umsetzung von Gender Mainstreaming auf EU Ebene sowie in allen EU-Mitgliedsstaaten, der geschlechtergerechten Besetzung aller politischen Gremien und Verwaltung.
- Die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen muss europaweit gefördert und zeitnah erreicht werden.
- Dringend notwendig ist die europaweite Ratifizierung der Istanbul-Konvention zur „Verhütung und Bekämpfung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt“ und deren Umsetzung durch die Förderung präventiver Maßnahmen zum Schutz für Mädchen und Frauen vor Gewalt, Menschenhandel und sexueller Ausbeutung.

⁶³ Istanbul-Konvention: Die Istanbul-Konvention ist das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (2011). Sie ist ein völkerrechtlicher Menschenrechtsvertrag und wurde nach mehrjährigen Verhandlungen der Staaten des Europarates am 11. Mai 2011 in Istanbul beschlossen. Die Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten, umfassende Maßnahmen zur Prävention, Intervention, Schutz und zu rechtlichen Sanktionen gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu ergreifen.



A Europe of the Future

¹The Bavarian Youth Council maintains its intention to shape Europe's future and to advocate more for children and young people with European policy makers, because the European perspective is becoming increasingly important among young people.

Freedom, equality, democracy, the rule of law, respect for human dignity and human rights are fundamental principles of the European Union (EU). Moreover, the European idea stands for tolerance, regional diversity, solidarity and justice. These fundamental principles must signify both internally and externally the policies of the European Union and its member states. European integration has guaranteed its peoples an unprecedented period of peace and prosperity. The European Union and its member states therefore have a special responsibility to work for peace both in Europe and the world. This must also be at the heart of a European foreign and security policy.

Young people deserve to have good prospects for their lives.² This includes the harmonisation of living conditions in Europe, which must not be at the expense of other (young) people in the world. As one of the largest economic players in the world, the European Union can and must make an important contribution to making world trade rules fairer and reducing the exploitation of people and natural resources. The future of the EU must go beyond economic and monetary policy issues and start with people's concerns. The European integration process must continue in dialogue with the citizens.

Questions about the vision of Europe and the institutional structure are relevant to youth policy in that they have a major influence on the political reference points for young people in their everyday life. Many young people are already gaining personal experience of what it means to be part of a united Europe through international youth work and student exchanges. Through international youth work and student exchanges, many young people are already gaining personal experience of what it means to be part of a united Europe.

We are convinced that the future prospects of children and young people in all policy areas can only be secured through a policy of sustainable development and a continuation of the integration process for a peaceful and democratic Europe.

1 Decision of the 144th Main Committee of the Bavarian Youth Council (2014): "European Youth Policy and the Role of the Bavarian Youth Council"

2 "The International Law of Youth Rights", Second Revised Edition, 2015

Position

We note with great concern the growing nationalist and misanthropic tendencies across Europe, as well as the attacks on the democratic rule of law and the dismantling of citizens' internal rights in many places. This must be countered by a clear commitment to our European values, especially those of the European institutions. There is a need for clear, European standards on the rule of law and citizens' domestic and human rights to be enforced against nation states.³ At the same time, however, there is a need to strengthen the European perspective for all people in Europe.

The European Union suffers from structural or institutional design flaws that make it difficult to gain acceptance among the people. It is a prerequisite of democratic legitimacy to be able to hold elected representatives accountable by voting them out or dismissing them. The sovereignty over this must clearly lie with the European Parliament. The fact that the European Commission not only performs executive functions, but also has the sole right of initiative for directives and regulations, is also problematic from our understanding of democracy.

It is the responsibility of European citizens and civil society to actively shape the European Union. In order to ensure that decisions are not perceived as guidelines that are disconnected from everyday life and to enable citizens to participate in their Europe, it is necessary to strengthen the instruments of direct democratic participation, make decision-making procedures transparent and create a European public sphere. The formal and financial obstacles to the European citizens' initiative must be dismantled and this instrument must be expanded into a genuine direct democratic initiative procedure.

In order to strengthen democratic legitimacy, to make the accountability of decisions at EU level to individual decision-makers more comprehensible to citizens and to improve transparency, the European Parliament should be expanded into a genuine legislative body with the right of initiative, and the ordinary legislative procedure should be preferred to package deals⁴ in the background, and a binding lobby register for all three institutions should be introduced. We consider it necessary to further transfer national sovereign rights to the European level in the areas of asylum, migration, social policy, education, the labour market and environmental policy and to extend the powers of the European Parliament.

³ Charter of Fundamental Rights of the EU 2000

⁴ Package deals are cross-policy agreements as a form of reconciliation of interests in negotiations.

The European Parliament elections which are held in accordance with the principle of degressive proportionality are currently the sum of 28 individual national elections under their respective national electoral laws. For more credible democratic legitimacy, we are in favour of standardising the electoral system and advocate that the European Parliament be elected by Europe-wide party lists. The low turnout in European elections is an alarming sign of the need for greater promotion of the European idea. The figures from the last European elections in May 2019 show that this can be achieved⁵. Particularly in an ageing society, we consider it essential to give young people more rights to play an active role in shaping Europe's future and therefore demand that the right to vote be reduced to 14 years of age.⁶

Europe is to be understood as the social and cultural space of the people living here, in which local and regional identities, languages and cultural conditions have their place. In addition, a European identity is to be promoted in active political education in both school and out-of-school sectors. A pan-European, political and public discourse is currently being hampered by the lack of pan-European media and how European political processes are perceived is too often shaped by national perspectives. Thinking from European perspective also requires being informed from a European perspective, making it sense to have a European public broadcasting service.

Another dimension relates to Europe's role in the world. Here too, the EU must make its fundamental values the yardstick for its own actions. Its trade, fisheries and foreign and security policies must be aimed at promoting peace and prosperity and combating poverty, exploitation and oppression. In particular, free trade agreements must be fair and equitable so that they prevent rather than exacerbate poverty and exploitation. This can also be achieved by designing regulations for importing and exporting of goods, such as for military hardware.

Global challenges such as climate change, the rapid growth of the world's population, strongly fluctuating food and energy prices, inadequate regulation of the financial sector or peacekeeping must be negotiated in a supranational context, because they can only be solved through joint active action. Here the European Union should take up its leadership role as a normative actor.

5 Voter turnout at the 2019 European elections (Source: European Parliament): 50.66% in Europe, 61.38% in Germany

6 Resolution of the 126th Main Committee of the Bavarian Youth Council (2005): "Lowering the Voting Age".

Our Demands

- The participation of young citizens within Europe must be better promoted in principle, including by lowering the voting age to 14 years, strengthening direct democratic instruments and removing obstacles for young people to initiate the European citizens' initiative.
- For a democratic Europe it is necessary to extend the competences of the European Parliament in particular to include a right of initiative and the exercise of jurisdiction in the election and dismissal of the European Commission.
- For the formation of a European identity it is necessary to promote international youth work and political education more strongly, to improve the (media) communication structure and to ensure transparency, for example, by means of a binding lobby register for all European institutions.
- The EU must also defend its values through concrete action both internally and externally – in particular through the shaping of fair trade agreements and by setting and enforcing clear European standards with regard to the rule of law, civil and human rights.
- We are calling for a European constitution to meet democratic and constitutional standards and take Europe's diversity into account.

❖ Involving Young People in European Politics

Position

The new EU Youth Strategy, which sets the framework for EU youth policies until 2027, has been in force since 1 January 2019. It aims to strengthen young people's participation and empowerment in democratic life and society in Europe under the three pillars –⁷ “Engage”, “Connect” and “Empower”. It furthermore aims to enable young people in Europe to experience mobility and act in solidarity and to ensure quality, innovative and inclusive youth work at all levels. Explicit reference is made to the duality of good youth policy as a departmental and cross-sectional policy, whereby the latter should be operationalised by an EU youth coordinator. One of the many instruments of the EU youth strategy is the Open Method of Coordination (formerly Structured Dialogue), which is now called “Youth Dialogue”. The “Youth Goals” developed in the framework of the Structured Dialogue of the last EU Youth Strategy are available as guidance in the Annex of the EU Youth Strategy.⁸

The next step is now to implement and anchor the Youth Strategy at local level. This is where youth and politics are to be brought into contact and where the local level actually interact with the European level. In Bavaria, this very important idea of the European Youth Strategy meets already existing and highly developed representation and participation structures for youth work. Both sides must be reconciled here. The EU Youth Strategy explicitly refers to the involvement of youth organisations and representatives in the federal states and at the various political levels.

The Bavarian Youth Council supports reinforcing the subject of youth at European level and thus at the national level of the member states. We are advocating a solid anchoring of the youth strategy at local level with real opportunities for the participation of children and young people as well as for youth work and its structures.⁹ European policies are not offering young people unilateral communication, but real exchange and genuine participation. Genuine participation does not imply political education alone. Neither can it be achieved through ceremonial events; rather it goes far beyond these first steps. Genuine participation means: respectful interaction at eye level, taking one's counterpart seriously and, above all, the possibility of real change in politics by those involved.

For these participation processes it is necessary to use forms of communication and participation which are suitable for children and young people. Youth work and its traditional structure of representing the interests of young people can be seen as an expert and partner in this context. Children and young people must be allowed to become actors in Europe and to help shape their own future. The concerns of young people must be consistently placed at the centre of all areas of society and must be incorporated as a cross-cutting issue in the various policy areas. Adolescents and young adults must not be considered for the purpose of economic interests or, in particular, under the focus of employability. Rather, employability and economic security in the transition phase are prerequisites for young people to be able to shape their own lives and participate in society. The value of youth work in itself, as well as the principle of young people's self-organisation must be fundamental to understanding good youth policy.

⁷ https://ec.europa.eu/youth/policy/youth-strategy_de

⁸ EU Youth Strategy 2010-2018: www.ec.europa.eu/youth/policy/youth-strategy/strategy-2010-2018_de

⁹ Resolution of the 141st Main Committee of the Bavarian Youth Ring (2012) “More Participation and Political Education in Bavaria”.

Our Demands

- We are calling for a form of participation which is appropriate for children and adolescents in Europe and for opportunities for participation to be taken seriously, participation in political decision-making processes and a relevant cross-sectoral youth policy.
- There is a need for political transparency in which youth policy is explained and committed to changing its decisions accordingly. Among other things, this requires clear institutional responsibilities and contact persons for European youth policy in the municipalities, at federal level and in Brussels, with links to the youth structures existing at regional level.
- We are calling for a continuous recognition of the value of youth work as such, as a place of personal development and free development of young people.
- For European youth policy to succeed, it is essential that national and European youth policy developments are consistently thought through together within an independent support programme.

European Funding for the Youth

European support programmes and funds serve as European policy instruments that are intended to have an impact at local, national and European level. This alone makes the monitoring and active shaping of European funding policy relevant for the Bavarian Youth Ring. Erasmus+ and above all its funding programme YOUTH IN ACTION is an important gateway for youth work into EU programmes, mainly because it advances different formats of international youth work, mobility for volunteers and professionals as well as youth dialogue projects. The well-known European Voluntary Service, which has been significantly shaped by Germany, is an important funding model, which has gained a better visibility and its own legal basis with the establishment of the European Solidarity Corps (ESK) at the end of 2018.

Erasmus+ YOUTH IN ACTION was launched at the beginning of 2014 also as the funding instrument of European youth policy and aimed primarily at providing financial support for the implementation of the EU youth strategy. This was replaced in 2019 by the new EU Youth Strategy, which will be in force until the end of 2027. The funding period 2014–2020 was marked by many changes, which also influence the preparations for the funding period from 2021. It became clear that the demand, especially for international youth projects, is much higher than originally foreseen in the Youth in Action budget, which led to low funding rates.

The European Social Fund (ESF) has existed for over 60 years. It has been designated as the EU's most important labour market policy instrument and will continue as ESF+ from 2021. The following programmes will be integrated under the ESF umbrella: the Employment Initiative for Young People, the European Aid Fund for the Most Disadvantaged, the Employment and Social Innovation Programme (EaSI) and the EU Health Programme.

In addition to the European funding instruments, European competition and state aid law has a considerable influence on the way member states provide funding and the provision of services by non-profit organisations. For years there has been legal uncertainty as to whether the youth welfare institutions which are independent within the meaning of Social Code Book VIII and which provide services on behalf of the state or are funded by the state are subject to these two areas of law. Legal disputes and uncertainty among the independent youth welfare orga-

nisations have been the consequences of this regulatory deficit. This ultimately also means that good youth work programmes will no longer be implemented.

Position

The active participation and involvement of youth work in the creation, implementation and evaluation of European funding programmes is becoming increasingly important, as they are a key instrument for the mobility of young people in Europe. As youth work, we must therefore be able to represent our interests by participating in monitoring committees and advisory councils of the programmes, as well as being involved through good networking with the relevant actors at national, regional and European level. The multi-annual financial framework for 2021–2027¹⁰ is expected to be decided at the end of 2020. This process, as well as the new funding programmes, must be monitored and accompanied from a youth perspective. We are constructively accompanying new developments such as the DiscoverEU initiative¹¹, which is expected to be integrated into ERASMUS+ from 2021.

The implementation of Erasmus+, the European Union's integrated education programme, and the non-formal education sector of Youth in Action contained therein has led to many difficulties and disadvantages for youth organisations and young people themselves, especially in comparison to large profit-making organisations.¹² Changes and adjustments are urgently needed here so that international youth work can be adequately supported. The simplifications announced in the programme have not been effective and continue to make it difficult for youth organisations to access the programme. The EU support programmes and EU funds must not only perceive and value the existing structures and working methods of youth work, but also respect and involve them. For this reason, administrative hurdles must be

10 Bavarian Youth Council: "Opinion on the European Commission's proposal for the Multi-annual Financial Framework", 2018.

11 Bavarian Youth Council: "Statement on the Free Interrail Pass", 2018

12 Bavarian Youth Council: "Opinion on Erasmus+ Youth in Action from a Youth Work Perspective", 2015.

removed when applying for, financing and implementing EU projects. The European Social Fund (ESF+) and the programmes of the Structural Funds offer funding opportunities which can also finance staff posts in the medium term. The European Social Fund (ESF+) and the programmes of the Structural Funds offer funding opportunities which can also finance staff posts in the medium term. But so far, the use of such programmes has often been hampered by pre-financing and the enormous administrative burden. Apart from the ESF+, this also applies to other EU funding programmes such as EAFRD or AMIF.

With regard to the national funding of youth welfare services, the following can be noted in accordance with the provisions of Social Code Book VIII, the services and offers of youth work are provided primarily by non-profit organisations and there predominantly by volunteers. It is neither necessary nor appropriate to subject these offers and services to European competition or state aid law, which is why they should be excluded from the scope of the corresponding European regulations, e.g. the Services Directive.¹³

Our Demands

- ✚ There is a need to open up EU funding programmes to youth work in the sense of a youth-oriented promotion which generally includes and prioritises young people as an important target group.
- ✚ The bureaucratic and administrative hurdles of European funding programmes must be dismantled and the funding conditions must be improved, also for small independent youth work organisations, in order to secure preliminary or interim financing.
- ✚ A serious and transparent advancement of Erasmus+, in which youth work is included on an equal footing with other areas of education, is necessary in order to achieve tangible improvements.
- ✚ The services and offers of youth work must be excluded from the scope of European competition and state aid law. This will enable the Member States to carry out the respective promotion and support practices of those responsible for youth work without European regulation.
- ✚ Youth organisations and civil society organisations must be involved as important stakeholders in the development and monitoring of funding programmes such as Erasmus+, ESK and ESF+. New programmes, such as the European Solidarity Corps, must not overlook the important role of organisations in putting the objectives of support into practice in order to provide young people with high-quality youth work during their mobility experience.

¹³ Cf. for example, B. Meysen/Beckmann/Reiß/Schindler: *Recht der Finanzierung von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe*, Baden-Baden 2014, p. 57 et seq.

Young People Want Education

Without a person's individual liberty to educate themselves according to their own abilities and values, education remains in the realm of half education. The individual's personal objectives and inner drive are particularly crucial for the process of lifelong learning. This necessity narrows the purpose of education and learning as a process of outside stimulation and thus understands education in terms of its own value and relevance.

The political dimension of education and thus learning to participate in politics is of paramount importance for Europe's sustainable future. However, learning does not stop with the acquisition of theoretical knowledge: practical skills and informal learning must therefore be developed as a counterbalance to the current focus on measurable educational standards. This requires freedom that activities offer beyond the curriculum of schools and universities, which youth work can offer. The EU consequently uses a more comprehensive concept of education than the OECD and emphasises the importance of both political education and non-formal learning.

Position

Being able to engage in dialogue with others and to have a say on goals and approaches is the basis for young people to mature into interested and dedicated world citizens committed to a democratic, pluralistic and peaceful Europe. It is therefore necessary to create adequate conditions so that everyone can play an enriching role in society and work for good relations in Europe and the world. This includes an indispensable practical political education and the facilitation of social skills. In particular, it is necessary to tackle educational inequality. Education should not be a luxury but a demandable right. Questions of inequality and youth unemployment in Europe must be countered by a consistent and fair education policy.

Child poverty, insecure living conditions of families and socially disadvantageous family policies are lasting obstacles for young people. Young people are marginalised by talk of irreconcilable cultures or educationally disadvantaged backgrounds. There must be a consistent shift from a deficit perspective to a culture of promoting young people in unequal starting conditions. In addition, the political rights of young people must be recognised and the rights of young people to have a say and participate in schools and other educational contexts must be extended.

The European youth needs investment in extracurricular education, schooling and training. In particular, there is a need for high quality public education services which should be accessible to all.

The principle of subsidiarity and the division of competences must be respected in order to allow for tailor-made national or regional solutions. A structural homogenisation of education and school systems does not appear to be appropriate. However, the European Union should develop an incentive system that promotes national and local public investment in education without limiting local steering capacities. This support system must be designed in such a way that economically less well-off states are not disadvantaged. Better school systems will not be achieved by unifying structural decisions, but by better equipment and at the same time by extending local decision-making powers: through local politics and through the participation of pupils, parents and teachers. The European Union should also provide incentives to set up education, transition and interface management to tackle problems such as early school leaving, institutional disadvantage of certain groups of people and inadequate education for the challenges of adult life consistently and on the basis of reliable data.

“Good education that provides young people with comprehensive support and helps them cope with their learning and development tasks is much more than just the core curriculum”.¹⁴ Associative and open youth work are places of non-formal learning where children and young people acquire knowledge and values in a self-organised way and close to their everyday lives, experience and learn democracy and develop their social- and self-competence. In addition to the formal education sector, a clear upgrading and visible recognition of non-formal and informal education is therefore necessary, as the foundations of lifelong learning are learned here in a practical and sustainable way.

Child and youth work as a place of non-formal and informal learning is largely organised by volunteers and within non-profit organisations. European law does not take these organisational structures into account, but is based on the competition law concepts of “consumers” and “entrepreneurs”. The non-profit-making youth wel-

¹⁴ From the resolution of the 135th Main Committee of the Bavarian Youth Council (2009) “The Gaunting Declaration”.

fare organisations are therefore basically qualified as enterprises, irrespective of whether or not there is an intention to make a profit. This often results in additional formal requirements for youth associations and youth rings, which restrict the services offered or sometimes make them impossible.¹⁵ European legislation should therefore establish an alternative to the concept of enterprise, which includes the legal forms of non-profit organisations, thus ensuring that the regulations for enterprises are not applicable to non-profit youth welfare organisations.

Our Demands

- All realms of life and learning of young people require a strong youth representation with extensive rights of consultation, proposal and participation. The expansion of participation opportunities for children and young people in educational institutions should be promoted throughout Europe, for example by setting quality standards for good participation conditions through incentive systems. In the higher education sector, the European study reform needs to be revised in order to create more freedom for research, teaching and independent learning.
- The European Union must remove obstacles to educational mobility by enforcing the legally binding nature of the European Qualifications Framework in the member states. The Bavarian Youth Council expressly welcomes the EU Council's initiative on the European Education Area 2025, which aims to achieve automatic mutual recognition of qualifications acquired abroad and the results of learning periods abroad.¹⁶
- The area of non-formal learning at self-determined learning locations must be upgraded to the same level as formal education.
- In order to promote the inclusion of people with different physical and psychological conditions as well as socio-economic and cultural backgrounds, annual country-by-country reporting is required. The quality of public education and training must be promoted in preference to the expansion of private institutions, which are often not open to all young people. Furthermore, the introduction of education allowances in the form of an interest-free loan for all areas of education, for example, can offer all young people the opportunity to invest in their own education.
- In order to secure the services offered by youth work and not to make them more difficult by bureaucratic obstacles, a European law term for voluntary non-profit organisations must be established alongside the consumer and entrepreneurial terms. Regulations under European law must be checked before they come into force to ensure that they are voluntary and non-profit-making.

15 Bavarian Youth Council: "Black Book on Volunteer Work", 2013

16 Council of the European Union(2018): www.ec.europa.eu/education/education-in-the-eu/european-education-area_de

❖ Making migration child and youth-friendly

Position

The term migration has the underlying meaning of ‘migrating from one place to another’, and unlike the term ‘asylum’, is not clearly defined. The causes of migration are manifold and those migrating take various, often risky, routes. Mixing the various causes for migration makes the development of political strategies more difficult, as responsibilities and competences differ despite the similarities in the migration routes. While the EU states are obliged by international, European and national law to protect refugees, the admission process for immigrants is still largely a national one. Therefore we must differentiate between refugees and immigrants for legal reasons. We must also differentiate from a development policy perspective: The causes that led to a person to seek refuge must be counteracted as they always represent a human catastrophe, whereas voluntary migration can be seen as an important driver for development. If this type of migration is properly regulated, based on fair agreements between countries of origin and host countries, and if the rights of immigrants are respected, then it can be considered to be in the best interest of all parties involved – in the best case it could be considered a ‘triple win’ – and should not be limited but encouraged.¹⁷

In almost all EU Member States, at least one fifth of the foreign-born population are now children and young people.¹⁸ The Bavarian Youth Council deals with the issues of young immigrants. It advocates a fundamental reorientation of migration, integration and asylum policy, away from a policy of defence against immigrants and future immigrants towards a culture of welcome and recognition.¹⁹ Youth work in all its facets and possibilities sees itself called upon to play an active and creative role in this process.

“Within the European Union, each member state has hitherto pursued its own national immigration policy. It can determine the entry procedures, the type of activities offered to immigrants, eligible countries of origin and the number of people granted entry on its own responsibility”.²⁰ Important aspects of immigration policy are the subject of a joint political response from EU leaders. Common legislation, such as on family reunification, residence of immigrants or a concept for dealing with illegal immigrants, is intended to ensure that overarching rules apply equally to all EU countries.

Children and young people have a right to the implementation of the UN Convention on the Rights of the Child and, in Germany, the law on child and youth welfare, irrespective of their country of origin and residence status. Education and training play a decisive role in this context. The primacy of the welfare of the child must be enshrined in law. In order to strengthen the significance of children’s rights and ensure their full implementation, a constitutional anchoring and an EU strategy are required. Every child and young person is entitled to protection, support and participation, regardless in which country and the point in time.²¹

In addition to the free movement of intra-European movements, especially among young people for the purpose of studying, training or living with their parents, international and global migration movements pose a major challenge to the world community. The facets and sub-phenomena of migration are manifold. In the area of labour migration, the BlueCard is the pan-European answer to the immigration law offers of other countries. It therefore must be strengthened and further developed. In the area of immigration and the retention of foreign students, the prospective specialists need to be accompanied, for example by language courses, but also by advising potential employers in order to lower entry barriers. The recognition of foreign professional qualifications and support for small and medium-sized enterprises in recruitment and integration are also part of the range of

17 “Triple win” refers to the triple benefits when skilled workers from countries outside the EU can be attracted to the European labour market and companies in Germany benefit from this, the skilled workers themselves and their countries of origin when the skilled workers return home.

18 Eurostat: “Being young in Europe today”, 2015.

19 Reference to the Refugee Paper! Resolution of the 152nd General Assembly of the Bavarian Youth Council (2018): “Towards a Climate of Humanitarianism”

20 European Commission: “Opportunity and Challenge – Migration in the European Union”, 2010.

21 Resolution of the 134th Board of the Bavarian Youth Council (2009) “You have a right ... to your rights!”

tasks. At 35 %, family migration, along with labour migration (28 %) and studies (15 %) is the reason for the largest proportion of residence permits. Family reunification is highly relevant from a socio-political point of view.²² Firstly, it represents a direct link between the shaping of family reunification policy and labour migration policy. Secondly, no immigration control based on qualifications is possible. And thirdly, it fulfils a particularly integrative and personal stabilising function.

For young people, information and access to society, as well as opportunities for participation and involvement, are essential to live equally in the EU. Participation in the labour market and in society must be strengthened and support, for example at school, must be guaranteed. Creating an environment free of fear and discrimination for young people is the foundation for offering good prospects and opportunities for development.

Young people in immigration countries often face various forms of discrimination and racism. In order to counteract this, standards are needed for intercultural opening and sensitisation of administration and providers of services, anti-discrimination offices and a positive public image of migration. In order to be able to actively participate and defend oneself against discrimination, transparent information on opportunities for participation and support for voluntary work is needed.

The percentage of young people with a migration background participating in European exchange programmes is still lower than that of young people without a migration background. Here it is necessary to examine these programmes for access barriers and to dismantle them. Special support for young people with a migration background can be one possibility.

Political and social participation and a say in issues that directly affect young people are important indicators of integration. At this point, the Bavaria Youth Council criticises Germany for the fact that different rules apply to EU citizens, non-EU citizens and citizens from Switzerland and Liechtenstein when it comes to voting rights. This criticism applies wherever the country of origin decides on civil rights. Europe-wide efforts must be made to ensure that participation is made possible on an equal footing for all young people living in a country.

Girls and young women travelling alone to other countries are particularly exposed to risks to their health and integrity. Violence against girls and women is an important issue in all countries, and more joint work is needed to protect and safely promote female migration.

22 Council of Experts of German Foundations for Integration and Migration: Facts about Immigration in Germany, 2015.

Our Demands

- In order to protect, promote and empower all children and young people, in whatever country and at whatever time, we are calling for an EU strategy for the implementation of children's rights.
- For young immigrants: we are calling for urgently needed information and access in Europe as well as participation and opportunities for participation. The European Union must create a framework for this in which real prospects and development are possible. The basic prerequisite for this is a society free of fear and discrimination. This includes raising awareness among employees of state institutions with regard to intercultural contexts and structural discrimination, as well as the mandatory establishment of European and national anti-discrimination offices.
- With regard to European funding programmes, there is a need for the necessary equipment to combat discrimination and racism, to strengthen actors in the field of those affected by discrimination and to increase the participation of young people with a migration background in EU funding and participation mechanisms.
- Europe needs legal immigration channels. This requires, for example, a pan-European Blue Card strategy, the further development, support and marketing of existing labour migration policy instruments to create an overall concept that offers answers to immigration policy challenges, as well as a holistic and interdepartmental approach involving various institutional and civil society actors.

New perspectives for young refugees

The Universal Declaration of Human Rights provides for a right to ‘apply for and enjoy asylum’²³ and the Basic Law of the Federal Republic of Germany²⁴ even provides for a right to asylum for politically persecuted persons. German and European asylum policy, on the other hand, is geared towards defence – at least since the amendment of Article 16a of the Basic Law in 1993 and the first Dublin Regulation in 2003, according to which asylum seekers must submit their asylum application in the member state they first enter.

Since 2016, a further tightening of these policies could be observed: the closure of the so-called Balkan route, the EU-Turkey deal, the closure of ports for ships rescuing fugitives from distress at sea, the criminalisation of (civil society) sea rescue operations, further increases in the budgets of Frontex and Europol, stagnating negotiations on Dublin reform, just to name a few examples.

The Bavarian Youth Council is setting its focus on the situation of young refugees.²⁵ The reason being the still high number of young people who – either accompanied by adults or unaccompanied – are fleeing to Europe or are already seeking refuge there. It is a fact that fleeing from home remains a phenomenon of young people. Many die in the hope for a better future in Europe or have “gone missing” in Europe after arriving. Even after arriving in “safe” host countries, young people often live in precarious conditions, are exposed to exploitation and insecurity and lack prospects. Europe has a responsibility to show solidarity and support for those in need and must unite efforts to address this. Children and young people have rights and need concrete protection measures.

In 2014 alone, 10,500 children crossed the Mediterranean to Italy. It remains unclear how many died in the Mediterranean before reaching Italy.²⁶ These record numbers continued in 2015/2016. In 2018, about 35,000 children reached Europe by sea, including approximately 6,000 unaccom-

panied minors.²⁷ The pamphlet “In the name of humanity” states that “... the current treatment of refugee children massively violates the UN Convention on the Rights of the Child as the law applicable in Germany and Europe”.²⁸

“Refugee children are particularly in need of protection – regardless of whether they are accompanied by their parents or on their own when they come to Germany”.²⁹ They need protection both during the journey itself, and afterwards. Depending on the family make-up, they have to take on roles and responsibilities that overwhelm them physically and mentally. Just under half of all asylum seekers in Germany are children and the majority of those who fled are young, as the following figures show. In 2018, 74.1% of all asylum seekers in Germany were under 30 years of age, 48.3% were under 18 years of age. [9]

Meanwhile enough expertise in integration work has been collected for refugees just arriving in Europe. Particular attention must be put on the following issues: there are particular challenges for refugees who have reached the age of majority, since in most European countries support by the youth welfare departments ceases on the 18th birthday – including separate accommodation. The different groups among the refugees also have specific security needs, which are often not taken into account: the needs of girls and young women, young adults travelling alone, LGBTIQ* people, people belonging to religious and/or ethnic minorities. A comparison of European countries still shows that asylum procedures vary widely, and that forms of protection and access to support are diverse. Often, however, European legislation does not leave it up to the individual to decide where to apply for asylum. This effect is rather coincidental and arbitrary. Thus, for many people the starting conditions are also arbitrary. The recognition of educational qualifications or non-formal knowledge is also extremely heterogeneous and makes access to the labour market more difficult.

23 Section 14 para. 1 “Everyone has the right to seek and to enjoy in other countries asylum from persecution”.

24 Art. 16a. para. 1 “Politically persecuted persons have the right of asylum.”

25 Decisions of the 144th and 145th Main Committee of the Bavarian Youth Council (2014).

26 Human Rights Watch: “The Mediterranean migration crisis”, 2015.

27 UNICEF: Refugee and Migrant Crisis in Europe. Humanitarian Situation Report No. 30. End of Year 2018. <https://data2.unhcr.org/en/documents/download/67774>

28 Prantl, Heribert: “Im Namen der Menschlichkeit – Rettet die Flüchtlinge!”, 2015.

29 UNICEF: “In erster Linie Kinder – Flüchtlingskinder in Deutschland”, 2014: www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-indeutschland-unicef-studie-2014-data.pdf

Position

The current practice of the European Union in dealing with global refugee movements is totally insufficient, inhumane and ineffective. Europe is isolating itself, pursuing a policy of deterrence and, with the Dublin Agreement, it is maintaining an expensive, useless policy of a “massive marshalling yard”³⁰ within the EU. Constantly improving surveillance systems, which the European border management agency Frontex uses, cannot prevent refugees from taking dangerous and often deadly routes across the Mediterranean³¹. On the contrary, they just encourage illegal structures. The refugees become economically dependent, are heavily indebted if they succeed in escaping and at the same time financially responsible for relatives in their country of origin. The developments since 2016/2017 are highly problematic. In view of the continuing high number of people fleeing across the Mediterranean, political decisions to stop state sea rescue operations, close ports and criminalise civil sea rescue are tantamount to a death sentence. They override maritime principles and in no way prevent the smuggling of human beings. Cooperation with states which cannot in any way guarantee the protection of refugees on the escape route must be rejected in the strongest terms.³²

It is therefore important to allow for exceptions to the visa rules or facilitations in obtaining a visa. These measures do not require changes to existing EU legislation, but only the sensitive application of existing rules. Exceptions to the visa requirements are to apply in cases of massive human rights violations in the applicant’s country of origin. National protected entry procedures for asylum-seekers will be required in countries of origin of protection-seekers, but also in first-stay or transit countries where they cannot obtain protection. An amendment to the EU visa code must make it possible to issue “protection visas” as “Schengen visas”, which allow travel within

the territory of the Schengen contracting parties within three months and subsequent asylum applications.

Dublin III must be reformed in the spirit of “free choice” so that, while the basic responsibility of the first-entry state remains (with the exceptions already provided for in Dublin III), refugees are free to choose their place of residence once the asylum procedure is completed. This will relieve the burden on the south of Europe and provide a Europe-wide mobility option. However, this will only be possible if “... Dublin, as the central rule of responsibility, is respected more than before and standards of accommodation and recognition procedures are met.”³³

The refugee issue is currently hardly negotiable in Europe, as many nation states are not even willing to enter into negotiations. This is an unacceptable state of affairs, and Europe’s national governments must take their responsibilities seriously.

30 Prantl, Heribert: “Im Namen der Menschlichkeit – Rettet die Flüchtlinge!”, 2015.

31 Federal Office for Migration and Refugees: Current figures on asylum. Date of issue: November 2020. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-november-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=2

32 Resolution of the 153rd General Assembly of the Bavarian Youth Council (2018): “Ensuring Sea Rescue in the Mediterranean”

33 Council of Experts of German Foundations for Integration and Migration: “Immigration Countries. Germany in an International Comparison,” 2015. Annual Report

Our Demands

- …✚ We are calling on European policy-makers to resume a constructive dialogue on the issue of refugees. The current mode of negotiation is claiming human lives. We are calling for the causes of flight to be addressed, for example through fair trade agreements, peace policy, support in times of crisis and good development cooperation.
- …✚ In accordance with our demands specified in “Welcome to Bavaria!? – Our responsibility for asylum seekers and refugees”³⁴, we are calling for a fundamental reorientation of asylum policy away from a defensive policy towards a culture of welcome and recognition, the possibility of safe and legal entry into the EU and Dublin III reform. There is a need to ensure uniform implementation of asylum law throughout the EU and full application of the common European asylum system.
- …✚ We are calling for European-wide standards appropriate to children and young people for the accommodation of underage refugees³⁵ and for basic protection of underage refugees in the European Union. We are therefore calling for the consistent implementation of the UN Convention on the Rights of the Child.
- …✚ We demand the unrestricted protection of refugee children, in Europe too. Thousands of children still disappear after their arrival. We oppose the criminalisation of children, regardless of when they are picked up at the border until their identity is clarified or when they are in custody pending deportation. Children do not belong in prison!
- …✚ In the interests of the best interests of the child, minors who have fled have the opportunity to be reunited with their families within the European Union. However, this is highly bureaucratic, which is why we are calling for a simplification of the procedure.
- …✚ We urgently need guidelines for children and young people in asylum procedures and the recognition of child-specific reasons for flight such as forced marriage, forced recruitment as child soldiers or child prostitution within the framework of and as an extension of the existing Common European Asylum System.
- …✚ Sea rescue must not be criminalised. Ports must be accessible to people rescued at sea. The European community of states must also fulfil its task here and rescue people in distress.

³⁴ Resolution of the 145th Main Committee of the Bavarian Youth Council (2014).

³⁵ According to the EU Qualification Directive 2011/95.

Towards a European social policy

Equal living conditions are not enshrined as an objective in European primary law. Instead, Article 3 of the EU Treaty states that the promotion of economic, social and territorial cohesion is a task of the EU.³⁶ Nevertheless, the EU's canon of values implies an obligation to provide good living conditions for all its citizens. Poverty and the risk of poverty are still a major problem today. It often affects the weakest members of society, especially children and young people, as well as the elderly and sick.³⁷ There is no doubt that political action is needed in the face of financial and economic crises, high unemployment and the associated risks of poverty. The increasing digitalisation and automation of the economy and the associated changes in gainful employment and their consequences will also pose challenges for social systems in the future.

The principal and first form of intervention in the social order of societies and the structure of social inequality are financial and fiscal policy interventions. The failure to date to establish common and binding rules for a functioning tax state in the member states and the failure to make joint efforts to prevent tax loopholes and capital flight are central problems of European societies. These resources are lacking in the social systems of the individual countries. A broad understanding of social policy is therefore needed in order to discover approaches to the development of a social Europe.

Firstly, the foundations must be laid correctly so that the competition between the member states of Europe for locations, which is detrimental to all countries, can be ended. Secondly, it must be determined to what extent social policy to date, by means of support programmes, generates inequality effects in order to effectively combat these undesirable effects. Such unwanted effects could be, for example, the relatively weak absorption of European Social Fund resources by less well-off regions which would urgently need the funds, or the waste of funds by focusing on large-scale infrastructure projects. In a third step, the preconditions for redistribution policy, i.e. social policy in the narrower sense, can then be considered. The European Pillar of Social Rights³⁸ is a first step towards creating a common European social policy that protects people and improves their lives

36 Art. 3 EU Treaty: www.dejure.org/gesetze/EU/3.html

37 Poverty in the European Union (European Parliament): [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2016/579099/EPRS_IDA\(2016\)579099_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2016/579099/EPRS_IDA(2016)579099_DE.pdf)

38 The European Pillar of Social Rights: https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-20-principles_de

Position

The path that has been taken so far towards a European pillar of social rights must be further pursued. In particular, the focus must be on young people and their living conditions. Social rights should have a direct positive impact on people and, conversely, strengthen acceptance of the European Union.

From the point of view of young people, all three dimensions of social policy are of central importance: it is precisely the feeling of lack of opportunities due to incomplete economic, labour market and tax policies, which significantly widens the gap between rich and poor, which increases the risk of young people being seduced by extremist ideologies. Europe must become an area of opportunity for young people, not a symbol of exclusion and the preferential treatment of business interests. Young people need a Europe that opens up paths for education, work, voluntary and political commitment. Good child, youth, family and social policies are essential for this.

The expression of social inequality and the experience of lack of opportunities and exclusion deprives young people of the chance to experience Europe as a common and profitable project. The continuing selfishness of the member states, which is expressed mainly in low social standards, reduced tax rates or ineffective measures to combat tax avoidance and evasion, prevents both a European social policy and a fair social order in the individual member states.

While the desire to make Europe the strongest economic area in the world is at the top of the agenda, tax and social policy objectives must be given greater focus in future. These should also be enshrined in the treaties and translated into concrete policies. Europe must reinvent itself in a spirit of solidarity and social peace in Europe and in the world.

Our Demands

- ✚ The European Union's social policies to date must be re-examined. The creation of social and regional inequalities through unequal opportunities to raise funds in the member states and the focus on large infrastructure projects must be revised because they often generate expensive but unsustainable regional funding. Rather, a new emphasis should be placed on good framework conditions, such as economic policy and administration, and on support for small and medium-sized enterprises through low-cost loans and subsidies for business start-ups, and in particular on special support for companies with high social and environmental standards.
- ✚ It is important to find and promote innovative ways of promoting social policies, especially the fight against child poverty and youth unemployment.
- ✚ The social security systems (sickness, long-term care, unemployment and pension insurance) of the member states must tend to converge. This includes the harmonisation of payments and the taking into account of claims acquired in other member states.
- ✚ Binding standards and joint efforts are needed to effectively combat a tax "race to the bottom"³⁹ and tax loopholes. The EU must also defend such standards in bilateral and multilateral agreements to reshape global rules for the economy. The increasingly visible negative effects of an under-regulated global economy, leading to crises, civil wars and a sharp increase in flight and migration, make it clear that more regulation is needed in a global context.
- ✚ Greater consideration must be given to the possibility of independent financing at European level, while at the same time ensuring greater regulation of the financial economy, for example through a Financial Transaction Tax (FTT) or other models that limit the relationship between the financial and real economies.

³⁹ Race to the bottom is a socio-economic phrase to describe government deregulation of the business environment and/or the reduction in tax rates, in order to attract or retain economic activity in their jurisdictions.

Opportunities for young people in a European market and labour market

Position

The financial and economic crisis of 2008 was a result of unilateral policies that, while relying on free trade and free capital flows, failed to establish adequate regulations for these or to address debt problems at an early stage. The European economy was hit so hard that the effects on the labour market in Europe are still being felt today. Politics and the resulting problems, such as high youth unemployment in some EU countries, are leading to a loss of confidence in the European institutions among European citizens. High unemployment and the austerity policies of the welfare state structures affect young people in Europe the most. High youth unemployment in some member states (2019: Greece 39.6%, Spain 32.1%, Italy 28.9%), is still one of the most acute social and socio-political challenges for the future of Europe and European politics.

Particularly with regard to labour market policy aspects, the European Union has undergone fundamental changes in recent decades. We are witnessing a consolidation and acceleration of work processes and structures, so that more complex activities are to be completed in ever shorter periods of time. Despite the high level of efficiency, the last two decades in particular have seen an increasing concentration of income and wealth.

The political sector must regain its ability to act within the economic order and intervene where the market does not function. In addition, an economic model must be developed that responds to future challenges and developments. This model must take socio-ecological aspects into account and put people at the centre and serve them. It is necessary to develop a global “fair trade agreement” with a fair market design which also strengthens regional economic cycles. The political idea of European unification was implemented primarily in economic policy terms with the establishment of the European Community. Economic opportunities and equal opportunities are essential for successful European cooperation and a satisfactory future perspective for young people. Consequently, there can only be a common Europe on the basis of a social Europe. Through the free movement of workers and freedom of establishment for EU citizens, Europe is gradually moving towards a common European labour market. A major challenge is the mobility of young workers, which has become increasingly important since the economic crisis. Many well-educated young people no longer have any career prospects in their own countries and are forced to move to other countries and leave their home countries in order to find adequate employment. Today, work in particular serves as a basis for life and participation. Young people, however, are deprived of this basis by the EU’s labour market policy situation.

Mobility in Europe must be fair and equitable. Young people in particular are taking advantage of the opportunities offered by the free movement of workers. The “European Youth Guarantee” must first of all ensure good employment opportunities in the respective country of origin so that young people are not forced to move to another country due to a lack of career prospects. At the same time, the framework conditions for fair EU freedom of movement for young people and workers must be guaranteed. Young people in particular know little about their country of destination and the prevailing legal requirements there. Some companies take advantage of this ignorance to circumvent regulations, to make a profit with measures such as pseudo self-employment and Me PLCs and not to adhere to the condition of equal pay for equal work in the same place.

In the European Union, investment in good working conditions and fair pay across Europe is necessary to give young people a future perspective on the labour market. The “Youth Guarantee” is intended to counteract youth unemployment and precarious forms of employment, which has not yet been sufficiently implemented. Investment must be made in young people, since the present and future of an entire generation in Europe are affected by it. Rather, youth unemployment and current forms of employment are a structural European problem which can be defused with sustainable and socially just labour market policies.

Our Demands

- …✚ A sustainable, socio-ecologically oriented economic policy is necessary, which pursues the restructuring of the financial sector within a European framework as well as sustainable and crisis-preventive banking and financial regulation, in order to cope with the over-indebtedness of numerous states or private actors in individual member states.
- …✚ Youth unemployment in Europe must be combated by guaranteeing training and employment for young people. The instruments already initiated and provided, such as the “Youth Guarantee” and support programmes via the European Social Fund, should actually be used to find local solutions.
- …✚ Ending precarious forms of employment also means “equal pay for equal work in the same place”. Mobility should take place under fair conditions. Measures such as the Posting of Workers Directive must be subject to better controls, in the course of binding Europe-wide standards for mobility and employment, for example through the obligation to provide information on the respective labour legislation in the target country in order to prevent exploitation.
- …✚ A European minimum wage is needed to offer young people social participation and a future perspective and to create equal living conditions for all.

❖ The means of existence of present and future generations

Position

Pollution and climate change do not stop at national borders. The EU has shown that it has the competence to actively influence environmental and climate change policies in its member states. The EU has become a key player for young people in securing the livelihood of present and future generations through agricultural policy, environmental protection and climate change mitigation.

Interest in sustainable development has been growing steadily among young people in recent years. Current developments, such as the Fridays for Future movement, activities against food waste and others, show that young people have become internationally networked and have found coordinated forms of protest, especially in the field of sustainability. The EU must now show that it not only has the competence to be an important partner for sustainable development in the member states and worldwide, but also the will to change and shape it. First steps have already been taken through a wide range of decisions and measures.

The Climate Change Conference in Paris showed once again that climate change policy is a communitised policy area with a focus on combating climate change and energy solidarity – a joint coordination of energy policies.

The effects of current climate policy can already be felt in part today. What is certain is that future generations will also have to bear the consequences of climate change as a result of the overexploitation of nature, the overexploitation of resources and the contamination of flora and fauna. For this reason, the Bavarian Youth Council has already repeatedly spoken out in favour of a responsible climate policy and renewable energies⁴⁰ and sees the protection of the future basis of life of children and young people as a central task.

The EU's 7th Environmental Action Programme "Living well within the carrying capacity of our planet"⁴¹ sets out the objectives of European environmental policy for 2020.

In order to protect, preserve and enhance the Union's natural capital, not only biodiversity but also ecosystems are relevant in terms of fertile soils, multifunctional forests, high-yielding farmland and marine waters, high-quality fresh water, clean air, pollination, climate regulation and protection against natural disasters, as biodiversity is declining and many ecosystems are already seriously damaged. However, many measures have not yet been implemented due to national restraints or economic influence. A consistent continuation of the Environmental Action Programme after 2020 is needed, with targets that clearly exceed those achieved so far.

The EU should implement more sustainable management instruments in agriculture and forestry to effectively reduce the over-exploitation and damage to soil, air and water. An in-depth reform of EU agricultural subsidies is urgently needed. Control instruments should make agriculture environmentally friendly by reducing monocultures, ensuring that crop rotations are adhered to, ecological soil cultivation, further minimising the use of pesticides and insecticides, and significantly increasing the designation of wildflower meadows to protect pollinators, while at the same time ensuring the livelihood of farmers through appropriate framework conditions. At the same time, the requirements of small farms must be given more attention, for example in the areas of land use, digitalisation of agricultural work and animal husbandry. There is also a need for a simplified way for small farmers in particular to access support funds.

The goal to end land consumption by 2050 must be tackled sooner and surface sealing must be massively reduced now. In addition, to protect species and ecosystems within the EU, more nature reserves must be designated to provide space for nature. Some success has already been achieved in this area, for example through the "Green Belt". These must now be protected from national interests and further developed. In the field of marine protection, the

40 Decisions of the 138th Main Committee of the Bavarian Youth Council (2011): "Phase-out Nuclear Energy, Now!" 143rd Main Committee (2013): "Ban Fracking" and of the 144th Main Committee, (2014): "Fresh Wind for the Energy Revolution".

41 Environmental Action Programme of the European Union (2013): <https://ec.europa.eu/environment/pubs/pdf/factsheets/7eap/de.pdf>

Action Programme sets out the objective that these may only be used to the extent that they can cope with. Beyond this, however, the oceans must also be recognised as ecosystems worthy of protection, irrespective of their economic benefits in terms of food, energy supply or transport, and must be protected against pollution (especially plastic waste), overfishing and noise emissions. In all this, the EU must face up to its responsibility to preserve the livelihoods of non-European neighbouring countries. In this context, EU agricultural policy and climate protection policy must be reviewed for their effects and, in particular, their impact in the global South must be reduced.

With regard to the Union's transition to a resource-efficient, environmentally friendly and competitive low-carbon economy, a specific environmental dimension must be ensured in addition to the sustainable dimension. Furthermore, climate protection policy in the energy sector must not hide behind CO₂ emissions trading, as this instrument is counterproductive and leads more to a postponement than to a definitive reduction in emissions. The introduction of a CO₂ tax would appear to be a more appropriate means here. In the conflict between energy supply security, technology and ecology, the EU must create the framework through legal regulations and monetary incentives so that energy suppliers can also make the transition to renewable energies and thus promote climate protection to a greater extent. The phasing out of coal-fired power generation and nuclear power must become a European project. We are also committed to small, decentralised and innovative technical solutions for sustainable energy supply and use. In the area of food and transport, control mechanisms must be used to avoid unnecessary transport routes and support regional economies in order to reduce the waste of resources through fuel consumption. In this context, EU policies can also create mechanisms to reduce waste, in particular in the context of food waste. There is also a need for rules on resource-efficient packaging of food to minimise waste. In addition, a change in awareness in the area of consumption should also be brought about through control instruments such as stricter controls and bans on planned obsolescence⁴², whereby quality

must again predominate over quantity of consumer goods.

The key objective is to protect EU citizens from environmental pressures, health risks and risks to their quality of life is by protecting them from noise and air pollution and by guaranteeing access to sufficient clean water within the EU. This objective must be implemented immediately – not in the medium term. In the field of technology and research, the search for alternative energy sources must not lead to risks to the environment and health. Nuclear energy and the extraction of shale gas (fracking) must be avoided at all costs.⁴³

In order to maximise the benefits of the Union's environmental legislation through improved implementation, checks on existing regulations are particularly important in order to make EU environmental law capable of action and credible and to strengthen the confidence of member states and the public in EU environmental law.⁴⁴

Early action is needed to improve the knowledge and evidence base for EU environmental policy, with increased support to science and research, and education for sustainable development must continue to be strongly promoted. To this end, the EU must continue to actively promote and implement UNESCO's World Action Programme on Education for Sustainable Development. Given the highly international nature of this topic, the EU must recognise its pioneering role for its member states and continue to play an active role. In addition to the clear commitment to the Sustainable Development Goals, increased support is needed for their implementation in the area of education. Youth work has both the potential and the desire to play a decisive role here. Funding here must be adapted to the needs of youth work.

When securing investments for environmental and climate policy and taking external environmental costs into account, it is important not to focus primarily on the cost-effectiveness of environmental and climate protection measures, but to act independently of economic interests where necessary. In order to ensure that environmental policy is capable of action, the project on im-

42 Planned obsolescence refers to the deliberate and intended shortening of the service life of products by manufacturers.

43 Resolution of the 143rd Main Committee of the Bavarian Youth Council (2013). "Ban fracking".

44 How EU environmental law works: https://ec.europa.eu/environment/efe/environmental-law_de

proving environmental integration and policy coherence points out that joint climate protection efforts of the member states should be dealt with in interdisciplinary discourse.

To promote urban sustainability in the EU, the youth as well as youth work can help to create sustainable living spaces in cities through sustainable approaches such as urban gardening. It is essential to support these developments with subsidies, incentives and the reduction of bureaucratic hurdles.

With regard to improving the EU's capacity to respond effectively to international environmental and climate problems, the EU urgently needs to be aware of its responsibilities towards other parts of the world affected by its behaviour and to extend its climate protection efforts not only internally but also to the rest of the world.

Our Demands

- Health, environmental and climate protection must take precedence over economic interests in order to ensure the protection of the basis of life for future generations. Accordingly, the promotion of harmful or hazardous technologies and practices must be stopped. Excessive bureaucracy must not hinder the promotion of small projects, such as small climate initiatives. All measures and support must be assessed and improved in terms of their socio-environmental impact, not only in Europe but worldwide.
- The promotion of projects and educational measures in the formal and non-formal area of Education for Sustainable Development must be strengthened in order to enable children and young people to acquire the shaping skills for socio-ecological change and the ability to act.
- The external costs in products must be internalised. EU environmental law must be credible and capable of action through effective incentive systems and effective control mechanisms for existing regulations.
- In order to preserve the basis of life, we are calling for a move away from quantitative economic growth towards qualitative economic growth. To this end, the EU also needs a clear commitment not only to resource efficiency, but above all to resource sufficiency.
- An interdisciplinary discourse is needed on environmental and climate-related issues. Global perspectives and global accountability are essential in this context.



Youth work

in an internationalised world

International youth work is an important pillar of youth work. It serves the development of personality, political education and promotes the development of civil society to a considerable extent. In the following, the focus is on the European dimension. The young generation growing up today has long experienced a lively Europe without borders and has taken this for granted. In international youth work projects and EU-funded stays abroad as part of their school careers, young people have a largely positive experience of life and learning. The vast majority of young people consider the experience of exchange and meeting with young people from abroad as enriching and helps them grow up. At the same time, this experience is not yet open to all young people to the same extent. These offers are still predominantly taken up by higher educational levels.⁴⁵

A common feature, especially in youth protest movements, such as Fridays for Future, is their multilateralist view on solving problems, and their interconnectedness throughout Europe. Many young people do not feel sufficiently represented by the institutions of the EU or the individual nation states within the Union. They are perceived as being far removed from their own life reality. Therefore, the task of youth work must also be to help shape our “common home of Europe” – interpersonally as well as politically. There is practically no alternative but to internationalise youth work. The development of a European civil society is a declared goal of the European Union, and international youth work has a large part to play here. Youth movements and youth organisations have already been an important part of European unification in the past. The establishment of the Franco-German and the German-Polish youth organisations were milestones in reconciliation and integration on the European continent. To this day there are many successful European projects in international youth work which have had a lasting impact on young people’s image of Europe and the world – a globalised, pan-European world.

Position

Youth work must become internationalised in order to take account of the world in which young people live today and to help shape a sustainable Europe. This internationalisation should also be understood as an invitation to those responsible for youth work to see themselves as part of the implementation of an EU youth strategy and to use the political tailwind gained from this for its further development.

The aim must be to enable all young people – especially disadvantaged young people – to have cross-border non-formal learning experiences. These learning experiences can take place both in groups, such as international youth exchanges, and individually, such as the learning mobility for individuals in the EU youth programmes Erasmus+ and the European Solidarity Corps, with their different forms and target groups.

Full-time and voluntary professionals play a key role in the design and organisation of stays abroad for young people. To do this, they themselves need qualifications to be able to create high-quality programmes. The aim should be to give skilled workers the opportunity for further and continuing education in the sense of an increasingly European way of thinking. In terms of a European identity or European attitude, the awareness of multilateral ideas and solutions should be strengthened.

A further goal must be to build networks in which people and institutions from different countries work together on a permanent basis. On the one hand, this would serve quality assurance in the planning and organisation of appropriate formats. On the other hand, it would contribute to the permanent strengthening of the European (association) levels of youth organisations. This self-organised young civil society must not be jeopardised by a lack of funding or by pure project funding. This would also ensure that young people are better able to represent their own interests even at European level. It would also ensure that a European/multilateralist view would become an even more natural part of youth association work at all levels and thus also on the ground.

⁴⁵ cf. Becker / Timmel (publ.): “Die Zugangsstudie zum internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren”, Frankfurt a.M. 2019”.

Our Demands

Peer learning must also be expanded at European level in child and youth work. The aim is a continuous exchange of expertise across national borders. All forms of mutual learning, such as exposure trips, European expert conferences, international study conferences, topic-related study trips and the exchange of experts hold the chance to further increase the professionalism of one's own work on the ground.

European debates must become part of youth policy debate across all levels. Within youth policy, to have a pan-European mindset means reinforcing European policies and views into the youth policy debate of this country. Conversely, however, national impulses, experiences and developments should also be passed on at European level in order to complement the specific policy debates and provide substantiated reasoning to legal and financial decisions. This would be an important prerequisite for improving the both the bilateral and multilateral exchange of expertise between the member states.

- ✚ International youth work has a high cultural, political and social relevance. It serves political education, personal development and contributes to strengthening European civil society. Therefore, it is necessary to increase the overall funding volume for international youth work as well as political support – also in the member states.
- ✚ There is a need for start-up funding and permanent regular funding by the EU for international and European levels of youth organisations. International youth work in particular cannot be financed by project funding alone, but requires structural funding over several years to ensure that youth work structures and European networking are sustainable. This enables the Europeanisation of youth policy debates at national and local level, as well as the orientation of the European specialist debate to regional needs.
- ✚ The expansion and regular funding of further and continuing training courses for voluntary and full-time youth work professionals must be urgently ensured. This will make peer learning, specialist exchange and the transfer of European debates to the various levels of youth work possible.



Youth and digitalisation

The political and social participation of young people are focal fields of action in youth work. This identity is based on voluntary participation and self-organisation. Youth work thus gives young people the political and creative space to embrace and live democracy. This also and especially applies to the digital space. Young people have the desire to shape society politically. The debate on the copyright reform at the beginning of 2018 made it clear that young people follow political events closely and are prepared to stand up for their interests. Within a short time young activists collected millions of signatures, organised demonstrations against Art. 17 (formerly Art. 13) and held important debates. For many young people, the copyright reform appeared to be a major setback for the open web was a signal that their opinions were not being heard and their interests not represented in this political sphere. After this debate, many (young) people who are keen on a free exchange of opinions on the internet and who would have liked to see other solutions in the reform felt resigned. Young people feel that they are not being taken seriously enough in political discussions and the formation of political opinions in what is for them a central area of their lives.

As Estonia and Finland are at the forefront of digitalisation, the presidencies of both countries have put digitalisation high on the European policy agenda in 2017 and 2019. Under the Estonian presidency, Digital Youth Work and Smart Youth Work were also addressed for the first time.⁴⁶ An expert group worked on the implications and recommendations of digitalisation for youth, youth work and youth policy in the “European Union Work Plan for Youth 2016–2018”.⁴⁷ These were taken up in the Council Decision on “smart youth work” (2017/C 418/02). Only in autumn 2019, “European Guidelines for Digital Youth Work” were also published, which primarily address organisations and professionals in youth work.⁴⁸

Indeed, there is a digital divide in the implementation of Digital Youth Work and Smart Youth Work. As differently as digitisation has progressed in the member states, the situation in youth work also varies within the individual countries: while parts of youth work naturally integrate media into their everyday life, in other parts there are defensive attitudes to be observed until youth work is seen as an alternative to media.

46 “Digital Youth Work” means proactively using media and technology in daily youth work. “Smart Youth Work” means using new media intensively in fields of youth work and creating innovations to reach more young people.

47 <https://publications.europa.eu/s/fouj>

48 www.digitallyouthwork.eu/guidelines/

Position

Digital media are a natural part of young people's lives. Digitalisation does not only require a change in our pedagogical practice. Rather, digital change must also be visible in our political agenda and our political demands. At the same time, basic democratic values must also apply in the digital space. This repeatedly implies adapting the fundamental rights of freedom of expression, human dignity and the rule of law in the sense of the free democratic basic order to the new framework conditions. For the aim must be to safeguard civil rights.

Beyond the expert use of media, media competence also means the ability to contribute one's own positions to the discourse on the net. This means having a broad spectrum of skills: being aware of how data is used, being able to act against hate on the net, being able to form one's own opinion despite the danger of covert manipulation with the help of abusive data evaluation. It is a misconception that young people want a legal vacuum in the online space. Rather, they express that they also want to be protected on the web by a modern and functioning youth media protection system. Young people want a democratic media landscape. They want a solution which masters the challenge between civil rights on the web and the protection of the individual.

Young people want to be shapers and drivers in the process. The debate on Art. 13 or 17 of the copyright reform has shown that the initiatives and interests of young people have not been incorporated into the legislative process. Digitalisation requires youth and network policy to be thought of as a common field of action.

Our Demands

- The Bavarian Youth Council is calling for the democratisation of the digital public space, especially with regard to the interests of young people. A youth-oriented shaping of digitisation and network policy is required: the life of young people takes place online and offline. These living spaces must be recognised. Only by taking into account the needs of young people on the net can a youth-oriented network policy be developed.
- A better integration of young people in political decision-making processes which decide on youth and network policy is absolutely necessary.
- In order to increase equity of access for young people, the opportunities offered by digital participation must be used and young people must be given digital opportunities for participation and engagement throughout Europe.⁴⁹
- Support must be given to the further development of training and further training formats for volunteers and youth workers so that they can respond to digitisation by offering services that meet their needs. It is important to enable the exchange of good practice in digital youth work across Europe, in order to facilitate networking, improved practice and innovation within the European youth work community.
- There is a need to raise awareness of digital youth work among policy makers and patrons. When it comes to political decisions and the distribution of resources it is valid to say that education is more than just school. Youth work is also an important partner in the field of digitisation in the area of out-of-school education.

⁴⁹ Digitalisation requires youth and network policy to be thought of as a common field of action. First of all, it involves the participation of young people in decisions across the whole range of (political) areas: from the design of a concrete urban wasteland to proposals for improving social interaction. This is because young people want to have a say both in issues that are directly related to their everyday lives and in those that affect them more abstractly, but as part of society. Depending on the issue at hand, there are different levels of participation: from consultation to co-determination of an agenda or in decision-making. The second important characteristic is that digital youth participation, unlike traditional forms of participation, uses and is supported by electronic media. In other words, political participation in which young people use electronic information and communication technologies; these include both online-based tools (eParticipation) and participation using digitally created video and audio material". (<https://jugend.beteiligen.jetzt/digitale-partizipation/digitale-jugendbeteiligung>)

Participation of young people with disabilities

The United Nations adopted the Convention on the Rights of Persons with Disabilities⁵⁰ (UNCRPD) in 2006, and the right to participate was signed by a majority of EU Member States in 2007. The European Community signed the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities (UNCRC) in 2007, thus ratifying for the first time a human rights treaty. The EU will present its next interim report to the United Nations in January 2021 on the implementation of the UNCRC at European level,⁵¹ for example through the European eAccessibility legislation.⁵²

Position

Despite the signing of the so-called Disability Rights Convention, there are still barriers and access difficulties for young people with disabilities. Youth work also has a responsibility to address the living situation of young people with disabilities and young people at risk of disability.⁵³ All young people have the same rights and duties and need the same opportunities and possibilities and, above all, access to leisure activities. Young people with disabilities often need specific support that addresses their particular needs. Beyond equal participation, it is a question of the right to self-determined life and participation in all matters. In this sense, all structures and concepts must be designed in such a way that participation is possible for all from the very beginning.

People with disabilities need more transparent and accessible access to information, especially in the digital domain, as well as accessibility in public buildings and mobility across Europe. Access to education (e.g. universities) and social participation is a further issue. People with disabilities need binding standards and their implementation. Offers must be designed in such a way that young people with or without disabilities can decide according to their interests and do not have to decide according to barriers. It is very important to involve young peo-

ple with disabilities in planning and concepts right from the start, to involve the appropriate (self)organisation with their expertise and to cooperate with them. People with and without disabilities need more opportunities to meet and jointly organise leisure, training, work and society. Participation must not be dependent on how much assistance an individual can afford, even across Europe. There is a need for Europe-wide standards and concepts for assistance and additional costs, not only for school and professional matters, but also for voluntary work by young people with disabilities.

Equal access to European exchange programmes and youth encounters, e.g. within the European Solidarity Corps and Erasmus+, is also important in terms of participation. In addition to barrier-free participation, organisers of international activities must also be put in a position to carry out inclusive activities. In order to make this possible, funding must be structured in such a way as to cover the additional costs incurred by the organiser as a result of an open call for proposals open to all. This means that it does not have to provide exact information on the number of participants with disabilities and their need for support when submitting an application.

In order to create accessibility and assistance services, funding is required to cover the additional costs incurred by organisers and their applicants. Furthermore, funding programmes must be set up in such a way that they encourage national projects to focus on the participation of young people with disabilities. It must always be ensured that European-wide standards for accessibility are set. The measures from the European Commission's action plan for the implementation of the UN-BRK must also be reflected in the position of participation of young people with disabilities. Issues of relevance are housing, work, mobility, education and leisure. The Council of Europe Disability Strategy (2007–2023) highlights the urgent need to implement equality and non-discrimination, awareness raising, implementation of accessibility, recognition before justice and also freedom from exploitation, violence and abuse.

50 Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD)

51 European Disability Strategy 2010–2020: “Renewed commitment to an accessible Europe” (2010)

52 European accessibility act (2017): www.ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1202&langId=de

53 Resolution of the 146th Main Committee of the Bavarian Youth Council: “Diversity with Strengths”

Our Demands

In addition, there is a need for European-wide standards and applicable directives in the field of communication and digitisation with regard to local and long-distance public transport, so that people with disabilities have full access to all services. An inclusive social policy promotes and supports participation in public life.

People with disabilities are experts in their own field and it is important to involve them in accordance with the motto of the European Disability Forum “Nothing about us without us”. It is important to take up their opinions at all times and to involve young people with disabilities throughout Europe in planning that affects them. It is also important to network young people with and without disabilities across Europe to draw attention to their needs. The aim is to cooperate and transfer knowledge with organisations involved in self-help and disability work. Through regular reports and comparative studies on the situation of young people with disabilities, including them, their needs are made accessible to a broad public. Published and Europe-wide communicated best-practice examples, in combination with appropriate funding criteria, give European countries incentives to implement the recommendations and decisions with regard to young people with disabilities.

- ...✚ The EU member states are therefore called upon to ensure that all barriers to entry are removed. To this end, not only structural accessibility must be guaranteed, but also communicative and digital access must be created. Information must be designed in such a way that it is accessible and comprehensible to all.
- ...✚ Launch special EU funding programmes to cover the additional costs of creating accessibility and ensure the participation of young people with disabilities.
- ...✚ There is an urgent need to promote and support the participation of young people with disabilities in public life and to establish Europe-wide accessibility standards in all relevant areas.
- ...✚ It is important to network young people with and without disabilities across Europe and to make their concerns visible. To make inclusion effective, it is important to involve stakeholders in the relevant processes.



Women and girls in Europe

Women are under-represented in the European Parliament: even though the proportion of women in the European Parliament is growing steadily, it is still only just under 40%. Of the 98 MEPs from Germany who entered the European Parliament in May 2019, only 37 are female.⁵⁴ And of these, only 4% are under 29 years old. This means that just under 4% of German MEPs are young and female – but represent about 14.5%⁵⁵ of women under 30 in Germany.

Women are also under-represented in leadership positions: although more women than men live in the EU and account for 60% of university graduates, women are less frequently represented in leadership positions, whether political or economic.⁵⁶ In addition, girls and women earn around 16%⁵⁷ less, are more likely to work part-time and this also contributes to lower pensions. If this trend continues, equal pay can only be achieved by 2084.

In addition to the existential and economic disadvantages that affect girls and women, they are disproportionately exposed to gender-specific violence: every third European woman has experienced physical and/or sexual violence since the age of 15.⁵⁸ Before the age of 15, approximately one in seven girls in Europe has experienced physical abuse by an adult. About one third of these incidents fall under sexual abuse.⁵⁹ In addition, over a third of European women have already experienced psychological violence by their partner. Only a few of these experiences of violence are reported to the authorities. Gender-specific violence is not sufficiently publicly debated in Europe and therefore there is no or insufficient social awareness of this topic. The same applies to the issue of human trafficking, especially sexual exploitation. According to a report by the European Commission, between 2013 and 2014 alone, 15,846 registered, identified and presumed victims of human trafficking were counted by the EU member states – 76% of the victims were women and girls. However, the number of unreported cases could be much higher.⁶⁰

54 www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20190226STO28804/frauen-im-europaischen-parlament-infografik and www.sueddeutsche.de/politik/europawahl-deutschland-eu-abgeordnete-mdep-grafiken-1.4464716

55 German Federal Statistical Office as of: 29.6.2019 and 9.5.2011

56 www.europarl.europa.eu/news/en/headlines/priorities/international-women-s-day-2015/20150306IPR31740/work-harder-for-gender-equality-say-meps

57 www.ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8718277/3-07032018-BP-DE.pdf/4e1351ed-c798-4bc8-90dc-b15897fcd9fd

58 <https://op.europa.eu/webpub/com/factsheets/women/de/>

59 https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2014-vaw-survey-at-a-glance-oct14_de.pdf

60 www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20171012STO85932/menschenhandel-fast-16-000-opfer-in-der-eu

Position

“Promoting equal economic independence for women and men, completely closing the gender pay gap, promoting gender balance in decision-making, ending gender-based violence and promoting gender equality outside the EU”⁶¹ are demands of the European Commission, which the BJR agrees with. In addition, the European Union has already committed itself to the principle of gender mainstreaming at all levels in 1999. Both at the levels of the EU administration and in the member states, targeted measures are needed to implement these demands and commitments. Raising the awareness of society for the issue of gender equality is of central importance in this context. The European Parliament must actively demand and promote gender equality and gender parity in all areas.

We are also calling for the ratification of the Istanbul Convention⁶² by all EU countries so that it can be implemented as applicable law in the states. The Convention is essential as the first internationally binding instrument in the European area on violence against women and girls.

The Bavarian Youth Council is committed to equal participation and to a Europe in which the right to such participation is self-evident, irrespective of gender, origin, health, religion and sexual orientation. This means that all young people have access to resources such as social security and educational and leisure opportunities and are involved in social processes. Our vision is a European society that is shaped by all and is designed for all.

Our Demands

- ✚ There is still a need to further raise awareness in society about gender equality, to consistently implement gender mainstreaming at EU level and in all EU member states, and to ensure that all political bodies and administrations are gender-equitable.
- ✚ Economic equality for women must be promoted throughout Europe and achieved in a timely manner.
- ✚ There is an urgent need for Europe-wide ratification of the Istanbul Convention on “Preventing and Combating Violence against Women and Domestic Violence” and its implementation by promoting preventive measures to protect girls and women from violence, trafficking and sexual exploitation.

⁶¹ www.ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality

⁶² Istanbul Convention: The Istanbul Convention is the “Council of Europe Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence” (2011). This is a human rights treaty under international law and was adopted on 11 May 2011 in Istanbul after several years of negotiations between the states of the Council of Europe. The convention obliges the signatory states to take comprehensive measures to prevent, intervene, protect and legally sanction gender-based violence.

Impressum

Herausgeber

Bayerischer Jugendring K.d.ö.R.
vertreten durch den Präsidenten
Matthias Fack

Anschrift

Herzog-Heinrich-Straße 7
80336 München
tel 089/514 58-0
publikationen@bjr.de
www.bjr.de

Layout

Mellon Design GmbH, Augsburg

Druck

Senser Druck GmbH, Augsburg

Titelbild

© Rawpixel.com – Fotolia.com

Stand

Oktober 2020
verabschiedet von der 156. Vollversammlung,
16. bis 18. Oktober 2020, Regensburg

Artikel-Nr.: 2020-0707-000

Bayerischer Jugendring
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Herzog-Heinrich-Straße 7
80336 München

tel 089/514 58-0
fax 089/514 58-88
www.bjr.de

